

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
(binnen 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Polizeigebühr 4,20 M. einschließlich 60 Pf.
Polizei- und 72 Pf. Postgebühren.
Leihrenten, Auslandsabonnement 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postzuschuss 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Rolf und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpalt. Kompositoren 80 Pf.
Korrekturen 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ des jetzgedruckten Wort 25 Pf.
Quadrät zwei jetzgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 10 Pf. Nebst 11. Teil.
Stellengeld das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstr. 3, wochentäg-
lich von 9 bis 11 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abhebung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 506. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Disz.-Gef., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

Der Krieg auf den Straßen.

Kommunisten und Nationalsozialisten. — Neue Todesopfer auf beiden Seiten.

Kommunist von Nationalsozialist erschossen.

Gestern, Donnerstag, gegen 19 Uhr, kam es am Friedrich-Kirch-Platz in Nowawes zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Vier Kommunisten, die den Friedrich-Kirch-Platz überqueren, wurden ohne Wortwechsel von einem Nationalsozialisten beschossen. Hierbei erhielt der Kommunist Herbert Ritter, 17 Jahre alt, Nowawes, Marienstraße 30, wohnhaft, einen Herzschuß. Der Verwundete lief noch ungefähr 500 Meter bis zur Arbeiterjamariterwache in der Priesterstraße, wo er zusammenbrach. Auf dem Transport nach dem Kreiskrankenhaus verstarb der Verletzte. Einen linken Oberarmbruch erhielt der keine Partei angehörige Fredi Strotdruch, 22 Jahre alt, Rehowsstraße 33 wohnhaft.

Der Täter, der 19jährige Günther Gürtow, Ziethestr. 10, konnte verhaftet werden. Er ist geständig. In den frühen Abendstunden kam es verschiedentlich zu Aufräufen, wobei der Schaufenster der Papierhandlung Kohrbach eingeschlagen wurde, wo der „Völkische Beobachter“ aushängt.

Die kommunistische Bluttat in Neumünster.

Neumünster, 12. November.

Nach den Ermittlungen im Laufe des heutigen Vormittags steht aus mit Sicherheit fest, daß der Kommunist Emil Wehlig

als Haupttäter bei dem Ueberfall auf Nationalsozialisten in Frage kommt. Wehlig hat seit Jahren in der hiesigen kommunistischen Partei eine führende Rolle gespielt und wurde vor etwa zwei Jahren wegen eines Ueberfalls auf Polizeibeamte, bei dem er durch Steinwürfe die Beamten schwer verletzte, zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist auch wegen anderer Gewalttaten gegen die Polizei bekannt. Der geflüchtete Nationalsozialist ist 22 Jahre alt und stammt aus Waffensfel.

Ein Toier bei kommunistischen Demonstrationen in Lübeck.

Lübeck, 12. November.

Nach einer Erwerbslosenkundgebung, die heute vormittag in den Zentralthallen abgehalten wurde, versuchten die Kommunisten, trotz des in Lübeck bestehenden Umzugverbots im Innern der Stadt zu demonstrieren. Ein starkes Polizeiaufgebot bemühte sich, die Demonstration auseinanderzubringen. Der Aufforderung der Polizei wurde jedoch nicht Folge geleistet, sondern ein Teil der Demonstranten griff drei Polizeibeamte an und schlug auf sie ein. Die Beamten griffen in der Notwehr zum Revolver. Es wurde scharf geschossen. Dabei erhielt der 50 Jahre alte Schumacher Friedrich Schütt aus Lübeck einen Schuß in den Leib, an dessen Folgen er verstarb.

Fäulnis des Kapitalismus.

Streiflichter aus dem Favog-Prozeß.

Das Ende der Rechtfertigung.

Im Jahre 1931 erteilte der Aufsichtsrat der Ber. Berlinischen und Preussischen Lebensversicherungsgesellschaft dem früheren Generaldirektor Madje, Angeklagter im Favog-Prozeß, volle Entlohnung für das Jahr 1930, und befreite ihn damit von allen Negregansprüchen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimrat Kastl, wurde vom Gericht nach den Motiven dieser unbegreiflichen Haltung gefragt. Er antwortete:

„Man konnte den neuen Generaldirektor nicht mit einer solchen Aktion gegen den alten Generaldirektor belassen.“

Dieser Satz ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß die Kräfte der Selbstbereinigung in der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr vorhanden sind.

Der Sohn des Generaldirektors.

Als im Favog-Prozeß der Fall Keramit G. m. b. H., Wien, besprochen wurde, ergab sich das Folgende: Die Herren Direktoren der Favog übernahmen die Keramit als Privatgesellschaft der Direktoren, das heißt sie wollten die Gewinne einstecken. Das Risiko aber hatten nicht die Direktoren, sondern die Favog zu tragen. Besonders der Generaldirektor Dumke schaltete mit der Firma, als ob es sein privates Geschäft sei. Eines Tages verlangte der Sohn Dumkes von einem Fachdirektor der Favog Generalvollmacht für Oesterreich. Der Direktor lehnt ab. Darauf ordnet Generaldirektor Dumke an, daß sein Sohn die Generalvollmacht bekomme. Der Fachdirektor aber wird dadurch bestraft, daß er bei einer Reihe von Sondervergütungen beiseite gelassen wurde. Vater Dumke, der Generaldirektor, hat dem Sohn Dumke die Generalvollmacht zugegeben, und die Favog bezahlte das Mandat mit Millionenverlüssen.

Die großen Vermögen.

Im Favog-Prozeß wurde Generaldirektor Kistritz von der Münchener Rückversicherungsgesellschaft befragt, welchen Eindruck er von dem Generaldirektor Dumke von der Favog, dem größten der Favog-Baumer, gehabt habe. Kistritz antwortete:

„Man hätte früher bei uns die Nase gerümpft über Dumke, später hat sich das verloren. Nach der fünften Million kommt das Bedürfnis nach geschäftlichem Aufstand. (Nach Rathenau.) Dumke hat immer fühne Sagen gemacht, die haben bei uns Anlaß erregt, aber Dumke war eine ganz starke außerordentliche Persönlichkeit. Seine Transaktionen haben wir oft mit Kopfschütteln betrachtet.“

Da ist in kürzester Form alles gesagt über die Entstehung der großen Vermögen und die Grundlage der Macht der Wirtschaftsfürsten. Wir bewundern den Mut, mit dem nach diesen schonungslosen Enthüllungen über das Piratenium in der Privatwirtschaft die Deutschnationalen unter Hugenburgs Führung sich immer noch laut als Anhänger der Privatwirtschaft bekennen.

Zum Tode Friedrich Bartels.

Trauerfeierung des Parteivorstandes.

Für den Parteivorstand hat Genosse Otto Wels den Angehörigen des verstorbenen Genossen Bartels persönlich das herzlichste Beileid ausgesprochen.

In einer Sitzung des Parteivorstandes am Donnerstag hielt Genosse Wels dem Verstorbenen eine kurze Gedächtnisrede, die die Vorstandsmitglieder in wehmütigen Gedanken an den langjährigen Kollegen und stets treuen Kameraden stehend anhörten.

Beileidskundgebungen sind eingegangen von der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie, der sozialdemokratischen Parteileitung Ungarns, der Sozialistischen Arbeiterpartei Polens, der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, von zahlreichen sozialdemokratischen Bezirksvorständen, vom Bundesvorstand des Deutschen Bauernverbundes, vom Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend-Verbände und anderen.

Nachruf des Landtagspräsidenten.

Die Vizepräsidenten des Preussischen Landtages haben dem verstorbenen Präsidenten Friedrich Bartels einen Nachruf gewidmet, in dem es u. a. heißt: „Der Verstorbene gehörte dem preussischen Parlament seit der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung für den Wahlkreis Potsdam II an. Zum Präsidenten der preussischen Volksvertretung wurde Herr Bartels erstmalig am 8. Januar 1925 gewählt, nachdem er von 1919 bis 1924 den Hauptauschuss des Preussischen Landtags als Vorsitzender geleitet hatte. Dem hohen Amte als Präsident des Preussischen Landtags hat sich der Verstorbene mit Hingebung gewidmet. Güte und Ausgleich und das Bestreben, jedem Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, waren die Richtlinien seiner Amtsführung. Das Andenken des verewigten Präsidenten Bartels wird von dem Landtag stets in Ehren gehalten werden.“

Der Nachruf wird im „Preussischen Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Zum Zeichen der Trauer für Friedrich Bartels vertagte der Hauptausschuss des Preussischen Landtags seine Beratungen um eine Stunde.

China und Japan.

Der Krieg im Fernen Osten.

Wenn der Völkerbundsrat am 16. November in Paris zu einer außerordentlichen Session abermals zusammentritt, wird er keine Entspannung, sondern vielmehr eine weitere überaus kritische Zuspizung des chinesisch-japanischen Konflikts um die Mandchurei registrieren müssen.

Der Ratsbeschluss vom Oktober, der Japan eine Räumung der neubefetzten Orte und Stützpunkte vorschrieb, ist nicht befolgt worden. Umgekehrt sind japanische Truppen weiter vorgedrungen, japanische Flugzeuge haben wiederum Bombenangriffe ausgeführt, und in anderen chinesischen Gebieten, wie in Tientsin, ist es neuerdings zu Schieberereien zwischen chinesischen und japanischen Truppen gekommen. Wo die Chinesen können, setzen sie sich zur Wehr, und an der strategisch wichtigen Konnibrücke haben sich regelrechte und blutige Schlachten mit wechselndem Erfolg abgespielt. Das alles schafft eine sehr ernste Lage, nicht nur für die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern auch für alle indirekt im Fernen Osten besonders interessierten Regierungen und schließlich nicht zuletzt für den gesamten Völkerbund.

Als derzeitiger Ratspräsident hat Briand beide Staaten, insbesondere Japan ermahnt, die Beschlüsse des Rates zu befolgen, aber der bisherige Mißerfolg dieser Mahnung ist offenkundig. Die Regierung von Nanking beteuert immer wieder ihre Loyalität gegenüber dem Völkerbund, hat aber anscheinend die Generale in den weitentfernten Gebieten der Mandchurei nicht mehr in der Hand. Sie leisten nicht nur militärischen Widerstand, sondern sind sogar zum Gegenangriff dort übergegangen, wo ihnen der Erfolg zu winken scheint. Die Regierung von Tokio hingegen versucht, die Gültigkeit des Völkerbundbeschlusses überhaupt zu bestreiten und verschanzte sich immer wieder hinter jenen Vorbehalt, dessen Anerkennung der Rat auf seiner letzten Tagung ausdrücklich abgelehnt hatte. Sie erklärt, daß China vorerst die „grundlegenden Prinzipien“ des Konflikts, also die „Rechte“ Japans in der Mandchurei, bestätigen müßte, bevor Japan mit China über eine etwaige Räumung der neubefetzten Ortschaften überhaupt verhandele. Im übrigen begnügt sich Japan damit, die Richtigkeit der neuen chinesischen Anklagen zu bestreiten, die Schuld an den blutigen Zusammenstößen auf die Chinesen abzuwälzen und vor allem mit dem Argument der chinesischen „Räuberbanden“ zu operieren. Da aber Japan zu gleicher Zeit den chinesischen Vorschlag einer Entsendung von neutralen Sachverständigen an Ort und Stelle immer wieder kategorisch ablehnt, ist man berechtigt, seinen Darstellungen der Vorgänge das stärkste Mißtrauen entgegenzusetzen.

Wird es nun der Pariser Ratstagung gelingen, den sich immer weiter ausbreitenden Konflikt beizulegen, der neuerdings um so bedenklichere Formen angenommen hat, als die Sowjetunion aus ihrer bisherigen Reserve hervortritt? Man muß den Mut haben, den Tatsachen, mögen sie noch so unangenehm sein, ins Gesicht zu sehen. Deshalb muß zugegeben werden, daß die Aussichten für den Völkerbund, seinen Willen durchzusetzen und den Frieden im Fernen Osten zu erzwingen, gegenwärtig nicht gut stehen. Japan hat vielmehr mit vollem Bewußtsein für sein imperialistisches Vorgehen in der Mandchurei den Augenblick gewählt, von dem es wußte, daß die Großmächte unfähig zu einer energischen Gegenaktion sein würden. Die Weltwirtschaftskrise nimmt die Regierungen in Europa und Amerika so stark in Anspruch, daß sie zur Zeit nicht in der Lage sind, so energisch zugunsten Chinas in der Mandchurei einzugreifen, wie sie es in anderen Zeiten zweifellos tun würden. In den Jahren 1920/21 hatte Japan nicht nur die gesamte Mandchurei, sondern darüber hinaus den östlichen Teil Sibiriens militärisch besetzt. Damals mußte es unter dem stärksten Druck der Vereinigten Staaten und Englands diese Gebiete räumen und sich mit der Wahrung seiner angeblichen Rechte auf die südliche Mandchurei begnügen. Aber es hat seitdem geduldig und zielbewußt auf den Augenblick gewartet, in dem es seine imperialistischen Ziele ungestört würde weiter verfolgen können. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

An eine bewaffnete Intervention, die in anderen Zeiten zweifellos von den Vereinigten Staaten ernstlich erwogen werden würde, ist angesichts der kritischen Lage der amerikanischen Finanzen auf absehbare Zeit nicht zu denken. Das gleiche gilt für die Völkerbundsmächte, die nach dem Wortlaut der Satzung eigentlich verpflichtet wären, China mit allen Mitteln, einschließlich der militärischen, zu schützen.

Inzwischen würde wahrscheinlich die Androhung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen auf Grund des Völkerbundsstatuts und des Kellogg-Pattes genügen, um Japan zum Einlenken zu bringen. Aber die Regierung von Tokio hat berechtigten Grund zur Annahme, daß die Großmächte zur Zeit nicht einmal in der Lage sind, zu wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu schreiten. Bei der Zusammenschürpfung des Welthandels, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist es ein überaus schwerer Entschluß, auf den Handel mit Japan zu verzichten. Japan ist nun einmal einer der größten Abnehmer der europäischen und amerikanischen Industrie und liefert selbst an das Ausland wertvolle Rohstoffe, deren Ausbleiben die Existenz zahlreicher Unternehmungen gefährden würde, ganz abgesehen davon, daß ein internationaler Boykott Japans durch den Völkerbund die Gefahr militärischer Komplikationen erheblich näherrücken würde.

Dennoch darf der Völkerbund, so schwer seine Aufgabe auch sein mag, in seinen Bemühungen nicht nachlassen. Im französischen Auswärtigen Amt soll unter den Berufsdiplomaten bereits eine starke Mißstimmung gegen Briand vorhanden sein, weil er sich als Ratspräsident im Mandchurien-Konflikt viel zu weit vorgewagt habe. Man sieht voraus, daß diese ganze Aktion mit einer moralischen Niederlage des Völkerbundes enden und obendrein zu einer Mißstimmung in Japan gegen Frankreich führen werde. Aus ähnlichen Erwägungen sind auch die anderen Ratsmächte bestrebt, sich bei der weiteren Behandlung des mandchurischen Konfliktes möglichst zurück zu halten. Die Stimmen aus Amerika klingen überaus gedämpft. Freilich besteht auf der anderen Seite die wachsende Sorge um die Haltung der Sowjetunion. Es wäre daher ernstlich zu erwägen, ob man nicht der russischen Regierung anheimstellen sollte, an der Pariser Ratstagung in der gleichen inoffiziellen Form teilzunehmen, wie es neuerdings die Vereinigten Staaten tun.

Sollte es dem Völkerbund nicht gelingen, China gegen den japanischen Raubzug zu schützen und den Konflikt in der Mandchurie zu beenden, so wird das für den Völkerbundgedanken eine schwere moralische Belastung bedeuten. Aber es wäre eine Katastrophe, wenn die Welt den Eindruck gewinnen würde, daß der Völkerbund im Gefühl seiner derzeitigen Ohnmacht sogar auf den Versuch verzichtet, seine Mission als Friedensstifter zu erfüllen.

Die Mordheke.

Eine freche Beschimpfung der Sozialdemokratischen Partei

Seit einigen Wochen mehren sich die systematischen Ueberfälle von Nationalsozialisten auf Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden. Die Absicht ist unverkennbar. Es soll provoziert werden. Sozialdemokraten und Reichsbannerleute sollen in den blutigen Strafenkrieg zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten hineingezogen werden, der nun täglich Todesopfer erfordert.

Trotz der organisierten Ueberfälle und der Terrorversuche lassen sich weder die Sozialdemokratie, noch das Reichsbanner von den ungeheuerlichen Banden des Faschismus, von den Bürgerkriegstruppen Hitlers provozieren, den gefährlichen Boden zu verlassen. Daß sie sich nicht wehrlos todschlagen lassen, ist selbstverständlich.

Wir stellen die Verantwortlichkeit der nationalsozialistischen Partei für diese Provokationen fest. Am Donnerstag, dem 12. November, erschien der „Bölkische Beobachter“ Nr. 316 mit der folgenden Schlagzeile:

„R.D. und S.D. sind die Mordzentralen für unser Volk.“

Die Bezeichnung der Sozialdemokratischen Partei als Mordzentrale ist eine ungeheuerliche Beschimpfung, eine freche Provokation. Die volle Verantwortung für die Folgen dieser Provokation durch das Zentralorgan der Hitler-Partei, für die organisierten Ueberfälle auf Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden fällt auf die Leitung der nationalsozialistischen Partei!

Am hellen Tage niedergeschlagen.

Ueberfall auf einen Reichsbannerkameraden auf einer Berliner Straße.

Am Mittwochnachmittag zwischen 2 und 3 Uhr wurde an der Ecke Prinzen- und Gitchiner Straße der Reichsbannerkamerad Emil Grau vom Kreisverein Kreuzberg, der durch seine auf dem Mantel getragene Reichsbannernadel erkennbar war, von acht Nazis angepöbeln und nach kurzem Wortwechsel niedergeschlagen. Der Kamerad Grau trug Verletzungen im Gesicht davon. Es gelang der Polizei, mehrere der Nazis festzustellen.

Reichsbannerführer-Tagung in Berlin.

Besprechung der latenten Provokationen.

Am Mittwoch nachmittag waren im Preussischen Landtag der erweiterte Gauvorstand des Reichsbanners mit den maßgebenden Führern aus Berlin und dem Gaubezirk zu einer Führerbesprechung versammelt. Neben der Behandlung organisatorischer Fragen wurden Berichte über die Lage im Gau erstattet. Diese Berichte ließen erkennen, daß das provokatorische Auftreten der Nationalsozialisten zu einer öffentlichen Gefahr wird.

Nobel-Preisträger für Chemie.

Wie aus Stockholm gemeldet wird, wurde der Nobelpreis für Chemie für 1931 von der Königlich Wissenschaftlichen Akademie den beiden Forschern Bosc und Generaldirektor Bergius zugesprochen.

Für die fünf Nobelpreise, die alljährlich zur Verfügung stehen, ist nunmehr außer dem Friedenspreis, den der norwegische Storting vergibt, eine Entscheidung gefallen. Da der literarische Nobelpreis dem verstorbenen schwedischen Dichter Karoelb zugesprochen wurde, werden beim Nobelpreis am 10. Dezember die drei Preisträger sämtlich Deutsche sein. Den medizinischen Preis erhielt bekanntlich Professor Warburg-Berlin.

Groener über den Rundfunkkonflikt

Erklärung im Reichsrat: Ein Konflikt besteht nicht.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Volltagung ab, in der Reichsminister Groener den Vorsitz führte, der die Gelegenheit benutzte, sich dem Reichsrat als neuer Innenminister vorzustellen. In seiner Ansprache erklärte der Minister u. a.:

Ich habe das Bedürfnis, bei der ersten dienstlichen Gelegenheit, wo wir zusammenarbeiten Ihnen zu sagen, daß ich bestrahlt sein werde, in meiner neuen Tätigkeit die innigsten Beziehungen zum Reichsrat zu pflegen und dafür Sorge zu tragen, daß unsere Arbeiten möglichst gefördert werden im Sinne der einmütigen Arbeit für unser Vaterland. Nichts liegt mir ferner in meiner neuen Tätigkeit, als etwa durch Maßnahmen von oben her die selbständige Tätigkeit der Länder irgendwie zu beschränken.

Am liebsten wäre mir persönlich, wir könnten ohne all die Verordnungen arbeiten und leben, die leider Gottes durch den Zwang der Verhältnisse uns auferlegt sind.

Sie werden bei mir stets ein offenes Ohr finden für alle Wünsche der Länder. Ich werde niemals einen Standpunkt einnehmen, der bei den sachlichen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Ländern dazu führen könnte, irgendeinen Konflikt herbeizuführen. Im Gegenteil bin ich der Auffassung, und ich habe das immer als Richtschnur meines Handelns vorangestellt, daß man weiterkommt, wenn man sich zusammensetzt und die oft schwierigen Probleme in aller Ruhe und Sachlichkeit bespricht. Ich habe für nächsten Dienstag die Innenminister der Länder hierhergebeten, um über die laufenden Probleme der Innenpolitik eine Aussprache herbeizuführen. Ich bin ja mit einem großen Teil der Probleme bisher überhaupt nicht befaßt gewesen. Es ist mein aufrichtiger Wunsch und mein ehrliches Bedürfnis, in einer rüchhaltigen offenen Aussprache mit den Innenministern der Länder meine eigenen Anschauungen zu klären und daraus zu lernen.

In den letzten Tagen hat die Presse etwas Wellen geschlagen, indem sie behauptete, daß ein Konflikt zwischen mir und der preussischen Staatsregierung ausgebrochen sei.

Von diesem Konflikt habe ich zu keiner Stunde auch nur das geringste empfunden.

Ich möchte das hier betonen, um jeder Legendenbildung vorzubeugen. Die Sache war außerordentlich einfach. Es waren zwei Anschauungen im Ueberwachungsausschuß, und ich habe es für nötig gehalten, die preussische Staatsregierung darauf hinzuweisen und ihre Hilfe zu erbitten in einer Form, gegen die der preussische Ministerpräsident nicht das mindeste einwendet hat.

Nun ist die Sache aber nicht so, daß etwa sachliche Differenzen uns irgendwie getrennt hätten. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Zeit gewesen wäre, diese sachliche Angelegenheit in gegenseitiger Aussprache zu klären, überhaupt niemand davon erfahren hätte.

Aber eines möchte ich sagen, daß es für mich untragbar ist, wenn mir plötzlich wenige Stunden, ehe der Vortrag im Rundfunk steigen soll, eine Entscheidung vorgelegt wird, die nicht in wenigen Stunden erledigt werden kann. Das ist ganz ausgeschlossen, und so habe ich das größte Interesse daran — und ich glaube, daß auch die Länder dasselbe Interesse haben —, daß wir so frühzeitig von all diesen Absichten, die mit dem Rundfunk zusammenhängen und politischer Art sind, unterrichtet werden, daß das Reichsinnenministerium sich mit den betreffenden Ländern in Verbindung setzen kann.

Die Rolle von Scholz.

Eine Erklärung des Abgeordneten Riedel.

Abg. Riedel, der augenblickliche Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses der Berliner Funktunde, teilt zu der neuesten Erklärung des Reichsinnenministers mit:

In der heute veröffentlichten formulierten Erklärung des Herrn Reichsinnenministers, in der sich der Herr Minister in vornehmlicher Weise vor einen Referenten seines Ministeriums stellt, befindet sich folgender Satz: „Ministerialrat Scholz hat mir das Manuskript des Vortrages in der vom Ueberwachungsausschuß genehmigten Fassung vorgelesen.“ Hier muß der Herr Innenminister einer irrigen Berichterstattung zum Opfer gefallen sein. Tatsächlich hatte der Ueberwachungsausschuß eine endgültige Fassung des Vortrages Höllermann am Montagnachmittag überhaupt noch nicht genehmigt, sondern unter Mitwirkung des Herrn Reichsvertreters die Leitung der Funktunde ersucht, mit dem Vortragenden selbst noch über eine ganze Reihe von Änderungsanträgen des Ueberwachungsausschusses zu verhandeln, und es war durchaus offen geblieben, ob bei Ablehnung dieser Vorschläge auch der Ueberwachungsausschuß nicht wieder hätte zusammenberufen werden müssen. Tatsächlich sind in der letzten halben Stunde vor dem Vortrag selbst noch ganz wesentliche Änderungen mit dem Vortragenden vereinbart worden. Darunter befindet sich auch ein vom Reichsinnenministerium noch am Mittwoch zu seiner Rechtfertigung verbreitetes Zitat, das in Wirklichkeit im Vortrag selbst überhaupt nicht mehr enthalten, sondern grundlegend geändert war. Es darf angesichts der Tatsache, daß eine andere, anscheinend nicht vom Minister selbst stammende Erklärung aus dem Reichsinnenministerium von Unwahrheiten usw. spricht, nunmehr die Frage an den Herrn Minister gerichtet werden, ob ihm der Herr Reichsvertreter auch berichtet hat, daß er im Ueberwachungsausschuß erklärt hat, er würde im Falle Höllermann ganz anders mit sich reden lassen, wenn ihm nicht in den letzten Tagen einige andere Darbietungen des Rundfunks, und zwar solche literarischer Natur, durchaus mißfallen hätten. Im übrigen hat in der Sitzung des Ueberwachungsausschusses der Herr Reichsvertreter selbst mehrfach anerkennen müssen, daß die preussischen Mitglieder sich durchaus im Rahmen der Richtlinien hielten, und er wird nicht bestreiten können, daß die preussischen Mitglieder sich die allergrößte Mühe gegeben haben, mit ihm zu einer reiblosen Einigung zu gelangen. Aus diesem Grunde ist auch keine Abstimmung vorgenommen worden. Ich habe pflichtgemäß nunmehr dem Herrn preussischen Ministerpräsidenten einen eingehenden Bericht über die tatsächlichen Vorgänge im Ueberwachungsausschuß erstattet, und damit ist für mich die öffentliche Diskussion dieses Falles erledigt.

Die Reaktion wittert Morgenluft.

Der reaktionäre Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer hat sich erneut an den Reichsinnenminister Groener gewandt, und ihm Kenntnis von einem Telegramm des deutschen nationalen Landesverbandes Hessen-Darmstadt gegeben. Das Telegramm weist darauf hin, daß für Sonnabend im süddeutschen Rundfunk eine Wahpropaganda-Rede des sozialdemokratischen

und daß genügend Zeit bleibt, um etwa bestehende auseinandergehende Meinungen zu beseitigen.

Und daraufhin werde ich mit Erlauben, die zur Zeit bestehenden Bestimmungen nachzuprüfen und nach einer Aussprache auch mit dem preussischen Ministerpräsidenten, die für nächste Woche vorgesehen ist, Ihnen zu gegebener Zeit mit entsprechenden Vorschlägen zu kommen.

Zum Schluß bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Mitwirkung, daß mir alles daran liegt, um gerade in diesen schweren Zeiten die Einigkeit und die unerschütterliche Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern sicherzustellen.

Staatssekretär Weismann dankte im Namen des Reichsrats dem Minister für die Begrüßungsworte. Wie alle Ihre Vorgänger, so fuhr er dann fort, haben auch Sie die Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, in möglichst harmonischer Zusammenarbeit mit dem Reichsrat dem Reich und seinen Ländern zu dienen. Wie Ihren Vorgängern gegenüber, darf ich auch Ihnen gegenüber die Versicherung aussprechen, daß der Reichsrat seinerseits bemüht sein wird, zu diesem Ziele mitzuwirken. Wir alle wissen, daß wir vor schweren Wintermonaten stehen, deren Rot zu überwinden nur dann möglich ist, wenn Reich und Länder in voller Einigkeit gemeinsam nach einer Lösung der schwierigen Probleme, die auftauchen werden, suchen. Nur in harmonischer Zusammenarbeit kann die Lösung gefunden werden.

Sie haben als Reichsinnenminister vor allem die Aufgabe, die Verfassung zu schützen und Sie haben in den Erklärungen der letzten Tage deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Sie mit Entschlossenheit diese Aufgabe zu erfüllen gewillt sind.

Wir kennen Sie alle, hochverehrter Herr Reichsminister, seit langen Jahren, und wir haben zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie, falls es die Lage erfordert, Ihre Worte auch in Taten umsetzen werden. Wir haben ja Ihre Energie und Ihre Ausdauer bei der Verteidigung des Reichs, die ja oft hier vor dem Reichsrat keine ganz einfache gewesen ist, kennengelernt und auch bewundert. In diesem Sinne habe ich die Ehre, Sie namens des Reichsrats zu begrüßen und Ihrer Tätigkeit als Reichsminister des Innern einen guten Erfolg für Reich und Länder zu wünschen.

Zum Schluß danke ich Ihnen, Herr Reichsminister, für die Erklärung, die Sie dahin abgegeben haben, daß zwischen dem Reichsinnenministerium des Innern und der preussischen Regierung oder irgendeiner anderen Länderregierung kein Konflikt in bezug auf die Rundfunkangelegenheiten besteht. Wir haben es auch nicht so aufgefaßt.

Im übrigen ist die preussische Regierung, und ich bin überzeugt, alle übrigen Länderregierungen, gern bereit, alle etwa auftretenden Meinungsverschiedenheiten wie bisher in gütlicher Aussprache mit der Reichsregierung zu erledigen. Wir werden uns überlegen, wie wir Ihren Wunsch erfüllen können, daß die Ueberwachungsausschüsse nicht in letzter Minute vor wichtige Entscheidungen gestellt werden. Es handelt sich dabei lediglich um eine technische Frage, die einfach zu lösen sein wird, wenn die bereits vorhandenen Bestimmungen der Sendegesetzgebung tatsächlich innegehalten werden.

Als wichtigste Vorlage wurde dann vom Reichsrat der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung verabschiedet.

Staatspräsidenten von Hessen, Adelfung, vorgelesen ist, und erhebt hiergegen Einspruch. Der Reichsverband schließt sich diesem Einspruch an und weist im weiteren darauf hin, daß der Fall Höllermann in keiner Weise vereinzelt dastehe. Die auch vom Deutschlandfender übernommene Uebertragung einer proletarischen Feiertunde am letzten Sonntag, bei der Karl Marx Ausführungen über „Das wahre Reich der Freiheit“ vorgelesen wurden, und bei der der sozialdemokratische Abgeordnete Crispian längere Ausführungen machte, werden vom Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer als eine „propagandistische Herausstellung rein marxistischer Gedankengänge“ bezeichnet, die auch außenpolitisch für bedenklich anzusehen seien.

Das Umfallmännchen.

Ein vergesslicher Eugenberger Mann.

Wir überfliegen im Eugenberger „Lokal-Anzeiger“ einen Leitartikel des ehrlichen Friedrich Hufsong. Plötzlich bleibt unser Blick an einem Zwischenstück hängen. „Das Umfallmännchen“ lesen wir dort. Das Wort kommt uns merkwürdig bekannt vor, wir haben es doch schon einmal vor langer Zeit aus Hufsong's Feder gelesen? — Mal schauen, was gemeint ist: Der Artikel handelt vom Jahre 1924, von den Kämpfen um den Dawes-Plan. Und wer sind die „Umfallmännchen“? Nach Friedrich Hufsong vom 12. November 1931 waren das damals die links stehenden Blätter, allen voran der „Vorwärts“, der damals — nach Hufsong „wider besseres Wissen“ — von einem großen Erfolg der sozialdemokratischen Politik geschrieben hat. — Aber waren es nicht die Deutschnationalen, die bei der Dawes-Abstimmung von 1924 umgefallen sind?

Und plötzlich ist die Erinnerung wieder da: es hat schon einmal einen Artikel mit der Ueberschrift „Das Umfallmännchen“ und mit der Unterschrift des gleichen Friedrich Hufsong im „Lokal-Anzeiger“ gegeben. Das war im Juli 1924, als die Deutschnationalen in der Regierung saßen und keineswegs daran dachten, die in London gepflogenen Verhandlungen trotz des ersichtlichen Ausgangs zu sprengen. Sondern sie zogen sich zurück über die Brücke ihrer „sieben Punkte“. Es war das das Vorspiel zu dem großen Umfall der Wampabstimmung „Halb und Halb“, durch die dann im August 1924 die Deutschnationalen endgültig dem Dawes-Plan zum Siege verhalfen. Damals war es Hufsong, der in dem Artikel „Das Umfallmännchen“ die Kompromißpolitik der Deutschnationalen verteidigte, der dieses Wort als Ausdruck des Lobes auf die Deutschnationale Volkspartei münzte und schrieb: das Umfallmännchen sei in der Politik eine Notwendigkeit. Würden die Parteien immer starrsinnig auf ihrem Standpunkt beharren, so könne nie etwas Positives erzielt werden. Daher erscheine, wenn alles sich festgebissen und festgefahren habe, das Umfallmännchen als der Retter in der Not, und dieses rettende Umfallmännchen seien im vorliegenden Falle — den Dawes-Verhandlungen — die Deutschnationalen!

Jetzt, nach sieben Jahren, stellt der rückblickende Hufsong den „Vorwärts“ als das Umfallmännchen von 1924 hin. Hufsong hat sich damit seinen eigenen Ehrentitel verdient.

Spardebatte im Rathaus

Oberbürgermeister spricht im Stadtparlament — Standpunkt der Sozialdemokratie

In der Stadtverordnetenversammlung wurden gestern eine ganze Anzahl von Anträgen der verschiedensten Fraktionen beraten, die alle

Sparmaßnahmen vom Magistrat verlangen

oder an bereits angeordneten Sparmaßnahmen Kritik übten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte Anfang September dieses Jahres einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, der zur Sicherung des Mitbestimmungsrechts der Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersucht, beschleunigt der Versammlung eine Vorlage zugehen zu lassen über alle Maßnahmen des Magistrats, die die Erzielung von Ersparnissen zum Gegenstand haben.

Was mit diesem Antrag bezweckt werden sollte, sagte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion,

Genosse Flatau

in seiner Rede. Das Verfahren, so führte Flatau aus, das der Magistrat bei seinen Sparmaßnahmen beobachten mußte, kann in seinen Endauswirkungen nicht aufmerksam genug verfolgt werden. Es ist geeignet,

die kommunale Selbstverwaltung auf das schwerste zu gefährden.

Die Berufung des Oberbürgermeisters auf die preussische Rotorordnungen ist zu weit gegangen; in Berlin wäre es jedenfalls möglich gewesen, in gemeinsamer Arbeit mit den Stadtverordneten die Maßnahmen zu besprechen und durchzuführen, die notwendig wurden. Das gilt natürlich auch für die Festsetzung des kommenden Haushaltsplanes für 1932. Hemmungen, die in dieser Hinsicht der Oberbürgermeister haben sollte, müßten eben beseitigt werden.

Wirdings sollten auch die Stadtverordnetenversammlung und die Deputationen und Ausschüsse davon abgehen, mit der bisher beobachteten beschaulichen Ruhe ihre Beratungen zu pflegen; sie müßten intensiver, rationaler arbeiten.

Eine Vereinfachung der ehrenamtlich besetzten Verwaltung sei auf jeden Fall anzustreben. So könnte man sich beispielsweise die langwierigen Spezialberatungen des Haushaltsplanes in den einzelnen Deputationen vielleicht sparen. Flatau erinnerte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen an die noch ausstehende Erledigung einer Reihe von Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion. Einsparungen wären möglich gewesen bei der Vereinfachung des Stadtführerparks und ganz besonders bei der Umorganisation der Hauptprüfstelle.

Gerade die letztere ist an Haupt und Gliedern reformbedürftig, sie magt sich Befugnisse an, die ihre Kompetenzen weit überschreiten. Zum Beispiel sei ihr Gutachten in Sachen des Nachrichtenamtes so absurd und über das Ziel hinauschießend, so anmaßend und ohne jedes Verständnis für die Arbeit einer modernen Nachrichtenvermittlung, daß selbst

der Oberbürgermeister im Haushaltsauschuß von diesem Bericht in aller Form abrückte.

Dieses Mißtrauensvotum hat allerdings auf die Herren in der Hauptprüfstelle keinerlei Eindruck gemacht. Die Experimente, die der Magistrat bei manchen Sparmaßnahmen mache, gleichen der Behandlung eines schwerkranken Körpers, der bei völliger Blutleere eben den notwendigen Lebenssaft nicht mehr abgeben kann. Vielleicht gelingt die bürokratische Operation, vielleicht ist der Patient dann aber auch tot. Genosse Flatau schloß mit einem

Appell an den Magistrat, seine weiteren Maßnahmen so zu treffen, daß die Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung garantiert ist.

Mehr denn je sei in den jetzigen Notzeiten die Erhaltung der städtischen Selbstverwaltung notwendig (Lebhafter Beifall bei den Soz.) zuvor hatte

Oberbürgermeister Dr. Sahn

sich zu dem Sparprogramm des Magistrats geäußert. Der Oberbürgermeister erinnerte zunächst daran, daß bei der Verabschiedung des Stadthaushaltsplanes für 1931 ein Defizit von 67 Millionen Mark verblieb, dessen Deckung nicht möglich war. Wenn immerhin angenommen werden konnte, daß der vorläufig aufgestellte Haushaltsplan durchgeführt werden konnte, so hat sich im Verlauf der weiteren Entwicklung doch gezeigt, daß die Stadt ganz besonders durch die außerordentlich gestiegenen Ausgaben für die Wohlfahrt in arge finanzielle Bedrängnis gekommen ist. Dazu kam, daß durch die Rotorordnung des Reichspräsidenten vom 5. August den Sparkassen und öffentlichen Banken unterjagt wurde, den Kommunen Kredit zu gewähren. Die Stadt mußte also sehen, wie sie selbst fertig wurde. Bereits in der ersten Hälfte des August begannen die Verhandlungen in den städtischen Körperschaften über die notwendigen Sparmaßnahmen. Wenig später stellte der Magistrat sein „Notprogramm

1931“ fest. Bei der Durchführung durfte kein Tag verlorengehen, weil jeder Tag, der ungenützt verstrich, einen nicht wieder einzubringenden Verlust von etwa 130 000 Mark brachte. Der Oberbürgermeister betonte dann mit besonderem Nachdruck, daß er jetzt, wie schon immer, den größten Wert darauf lege, bei der Durchführung der Sparmaßnahmen in enger Fühlung mit der Stadtverordnetenversammlung zu bleiben. Im weiteren Verlauf seiner Rede teilte Dr. Sahn mit, daß die Einnahmen- und Körperschaftsteuer am Jahresabschluss einen Ausfall gegenüber dem Aufschlag von 15 Millionen Mark haben wird. Bei dem Hauszinssteueranteil für allgemeine Finanzzwecke sei mit einem Minderaufkommen von 4,6 Millionen Mark zu rechnen, die Gemeindesteuern werden einen Ausfall von 13,4 Millionen, die Wertzuwachssteuer von 1,6 Millionen, die Getränkesteuer von 1,8 Millionen, die Hundesteuer von 0,8 Millionen Mark bringen.

Insgesamt wird der Einnahmefall bei allen Steuern nicht weniger als 35 Millionen Mark sein.

Dr. Sahn verbreitete sich dann über die ungeheuer gestiegenen Lasten bei der allgemeinen Wohlfahrt. In Berlin kommen auf 1000 Einwohner 45,6 Wohlfahrtserwerbslose, ein Stand, der nur von Breslau mit 54,1 übertroffen wird. Bei einer so ungeheuren Belastung muß das Notprogramm des Magistrats Einsparungen auf der einen Seite und Mehreinnahmen andererseits bringen. Insgesamt will der Magistrat auf diese Weise 23,9 Millionen Mark für den Haushalt retten. Aber selbst alle noch so einschneidenden Spar- und Abbaumaßnahmen werden eine Ver-

Das Riesenwerk am Oderstrand

Unser Bild zeigt den augenblicklichen Stand des Schiffshewerbaues bei Niederfinow. Hier muß der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin einen

Höhenunterschied von 36 Metern überwinden. Das besorgen bisher vier Schleusen, die aber von Anfang an Sorgenkinder der Wasserstraßenverwaltung gewesen sind. Das Gelände ist gerade an dieser Stelle wenig zuverläßig. Nur den ständigen Bemühungen der Wasserbauingenieure ist es zu danken, daß der Kanal bis heute betriebsfähig blieb.

Der Bau eines Schiffshewerbaues wurde daher schon gleich nach der Vollendung der großen Wasserstraße, die Berlin gleichsam zur Seestadt macht (tatsächlich liegen in den Berliner Häfen oft genug kleinere Seesdampfer), beschlossen. Das fertige Werk wird eine einzige, mit wunderbarer Genauigkeit arbeitende Maschine sein. Im Hintergrunde unseres Bildes ist links der vorläufige Abschluß der zum Hewerwerk führenden Kanalabzweigung zu sehen. Hier wird eine Brücke gebaut werden, über die das Wasser zum eigentlichen Schiffshewerwerk geleitet wird. Abflurrinne werden die Kanalhaltung sichern. Die Schiffe werden in einen großen Trog fahren, der dann gefenkt oder gehoben wird. Es hat jahrelanger, umfangreicher Vorarbeiten bedurft, bevor an

die Ausführung dieses gewaltigen Ingenieurbaues herangegangen werden konnte, von dem folgende Zahlen eine Vorstellung geben können: Der Trog, in dem die

Schiffe schwimmend gehoben und gesenkt werden, hat eine Länge von 85 Metern, eine Breite von 12 Metern und eine Wassertiefe von 2,50 Metern. Das Gewicht des Troges einschließlich des in ihm schwimmenden 1000-Tonnen-Schiffes beträgt rund 4200 Tonnen. Diese gewaltige Last wird durch Gegengewichte ausgeglichen, die an 256 Drahtseilen hängen. 128 doppelseitige Seilseilen von 3,50 Meter Durchmesser, die beiderseits auf dem 60 Meter hohen Stahlgewölbe des Hewerwerkes aufgestellt sind, nehmen die Drahtseile auf. Das Stahlgewölbe selbst steht auf einer 122 Meter langen, 33,5 Meter breiten und 4 Meter starken Betonplatte. Rund 78 000 Kubikmeter Beton und 11 700 Tonnen Stahl und Eisenteile kommen zur Verarbeitung. Die Kosten sind auf 23,7 Millionen Mark geschätzt. Davon kommen allein 10 Millionen auf die Fundamentierungsarbeiten, die durch den schlechten Untergrund besondere Maßnahmen erforderten. Man hofft, die Arbeiten Ende des Jahres 1933 abschließen zu können, wenn die Baukosten von der öffentlichen Verwaltung in regelmäßigen Raten aufgebracht werden können.



Das Schiffshewerwerk bei Niederfinow im Bau



23] Familie Loriot Roman von Gise Möbus

Die kleine Stadt lag tief im Schnee versunken. Der Nordwind strich über Berge und Lannenwälder, er legte eilig in den Straßen und den alten Lornwinkeln, er klirrte an den Fenstern. Von den Abhängen schlitterte und tadelte, rodelte und sprang die Jugend des Städtchens, und die Eisbahn war noch überfüllter als sonst.

Lachen und Jubel, Flirt und harmlose Kinderfreude überall. Und wenn nicht die paar Soldaten gewesen wären, die humpelnd oder den Arm in der Binde in dem kleinen Restaurant der Eisbahn saßen — wer hätte denken können, daß man im Krieg lebte, daß nur wenige Kilometer von hier, jenseits des Rheins der Tod eine entsetzliche Ernte hielt? Daß Tag um Tag, Stunde um Stunde, jeden Augenblick ungezählte junge Menschen zerrissen und zerlegt, verschüttet und erschlagen, vergiftet und erstickt wurden, daß aus allen Himmelsrichtungen Schwaden der Verleumdung, des Hoffes, der Verzweiflung, der Raserei über die ganze Welt zogen...

In der Ferne tönte Marschmusik. Hin und wieder warf der Nordwind einige Klänge herüber. „So leb denn wohl, wir müssen Abschied nehmen...“ Und unser aller schönstes junges Leben... Fenster öffneten sich, als der Gesang näher kam. Man blieb stehen auf der Straße.

Die frisch aufgefüllte 2. Kompanie des Ersatzbataillons marschierte heute ab. Voraus rannten einige Buben und Mädchen, begeistert mitsingend, Fähnchen schwenkend. Dann folgte die Musik, und hinter ihr, in respektvoller Entfernung, gleichsam in einem lustigeren Raum zwischen Kompanie und Kapelle, ein Hauptmann hoch zu Ross. Es war ein Herr Ende der Vierziger, eine starke, Inochige Gestalt mit scharfer Nase und strengen Augen.

„Der Sekondorf, unser einstiger Stadtschulrat! sagte ein Dabeistehender halblaut zu seinem Nebenmann. „Bei dem

fängt der Mensch erst mit dem Leutnant an. Jetzt führt er die Kompanie bis zum Bahnhof, sitzt auf seinem Schimmel, als gings geradewegs in die Schlacht. Und dort legt er sich ins Auto und fährt wieder zurück auf den Truppenübungsplatz, und die Schinderei geht von vorne an. Ich war nie ein Freund vom Militär, aber die aktiven Offiziere sind mir immer noch tausendmal lieber als die Reserveoffiziere!“

Der andere gab seinem Arbeitskollegen einen unsanften Rippenstoß. „Du bist wohl verrückt! Du willst wohl ins Loch wandern oder f. v. werden!“

„Werd ich noch früh genug...!“ Ein junges Mädchen zwängte sich zwischen sie.

„Halt, Fräulein, hier darf keiner rüber, Sie müssen schon einen Augenblick warten.“

Etwas verwirrt blieb Germaine stehen. Sie kam von der Universität und wollte nach Hause, etwas früher als sonst, denn eine Vorlesung war ausgefallen, weil der Dozent Soldat geworden war. Nun mußte sie hier stehen, bis die paar hundert Menschen vorüber waren, mußte den armen Kerlen, die heute vielleicht zum letztenmal hier durchmarschierten, ins Gesicht sehen. Blasse, schmale Kindergesichter neben weitergebräunten, tief gefurchten Jüngen, fröhlich nach rechts und links schauende Mienen neben düsteren tief liegenden Augen, zusammengepreßten Lippen. Und doch eine einheitliche, auf geheimnisvolle Weise gleichmäßig sich fortbewegende Schar, eine graue Welle, ein nicht endenwollender Zug von Stahlhelmen.

„Auf Wiedersehen, Fräulein Loriot!“ Dankend grüßte Germaine, ohne zu wissen, wer es war, der ihr die Worte zusprach. Vielleicht ein Student oder ein Schüler der Musikhochschule. Sie waren alle so verändert in der grauen Uniform, sie konnte sich nicht besinnen. Sie wollte sich auch nicht besinnen, denn es war ja so gleichgültig. Sie alle hatten das gleiche Schicksal, die gleiche Pflicht, den gleichen Weg. Was bedeutete da der einzelne!

Langsam ging Germaine durch die Parkstraße in die Höhe zum Villenviertel. Je höher sie stieg, um so scharfer hoben sich die Berge und Wälder ab, um so klarer war der Fluß zu sehen, der durch die weiße Landschaft zog. Blaue Schatten lagen da und dort auf dem Schnee. Überdunkel, von gefrorenen Schneeflocken eingehüllt, standen die Bäume. Aber Germaine hatte keinen Blick für die Landschaft. Mechanisch ging sie die längst gewohnte Straße,

mechanisch öffnete sie ihre Handtasche und zog den Schlüssel zum Gartentor heraus.

In der Diele standen Möbel in buntem Durcheinander, ein Damenschreibtisch, ein Porzellanstrahlchen, zwei Sessel, ein polierter Tisch, Bilder. Ein Teppich stand aufgerollt in der Ecke. Germaine blieb erstaunt stehen. Das war doch das gesamte Mobiliar aus Mitters Zimner, was sollte denn damit werden?

Eben kam Frau Loriot die Treppe herunter. Hinter ihr stampfte ein Mann, der eine große Kiste schlepte. Im Zimmerschloß legte er sie ab und wischte sich den Schweiß von der Stirn, Frau Loriot hatte verweinte Augen. Auch der Mann schien etwas bewegt.

„Lassen Sie, Frau Professor“, sagte er, als Frau Loriot ihm etwas in die Hand drücken wollte, „Sie brauchen jetzt jede Mark. Und in zehn Minuten bin ich wieder da und lade alles auf meinen Wagen. Ohne Sorge, ich bin vorsichtig, kein Eckchen von den schönen Sachen soll abgestoßen werden, keine Base soll entzwei gehen. Mir tuts selber leid darum — aber was muß man heutzutage nicht alles tun, um auszukommen!“ Er warf der Frau einen mitleidigen Blick zu.

Mit zwei Schritten war Germaine neben der Mutter. „Deine Möbel — was bedeutet denn das! Was ist denn geschehen?“

Frau Loriot machte eine ihrer müden Handbewegungen, die gleichzeitig abwehrend und beruhigend gemeint waren. „Geht erst einmal ab, mein Kind — so.“ Sie nahm der Tochter Mantel und Hut ab und führte sie in den kleinen Salon. Die gelbe Tischlampe warf einen hellen Schein auf die beiden, so verschiedenartigen Frauengesichter. Nur die Formen von Mund und Kinn waren beiden gemeinsam.

„Ich habe meine Möbel verkauft, Germaine“, und als diese erregt aufspringen wollte: „Bleibe sitzen, mein Kind und höre mich ruhig an. Ich habe dich später erwartet, ich wollte die diesen Anblick ersparen. Nun ist es anders gekommen. Aber du hast so viel Schweres hinter dir, Germaine, daß diese Neuherlichkeit dich nicht mehr treffen kann.“

„Neuherlichkeit nennst du das, Mutter, das alles, das mir uns verwachsen ist, das ich von den ersten Tagen meiner Kindheit an geliebt habe, das mir vertraut ist, wie etwas Lebendiges —“ Die Stimme versagte ihr.

(Fortsetzung folgt)

ringerung des eingangs erwähnten Stab-Fehlbetrages von 67 Millionen Mark nicht bringen.

Die Hilfe von Reich und Land reicht absolut nicht aus, um die Notlage der Stadt auch nur nennenswert herabzusetzen.

Trotz der außerordentlichen Drosselung der Ausgaben ist die Kassenlage unverändert ernst. Selbst die Transaktion bei den städtischen Elektrizitätswerken brachte nur eine vorübergehende Erleichterung und Ende September war es nur möglich, durch die Aufnahme eines sechsmonatigen Kredites von 20 Millionen Mark und durch Hinausschiebung von Zahlungen die städtische Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Der Oberbürgermeister erklärte dann, daß er sich bei der Zustimmung der Lage mit der Bitte um Hilfe an Preußen gewandt habe.

Die angeforderte Summe von 20 Millionen Mark ist bisher nicht eingegangen, der Betrag von 1 Million, der der Stadt von Preußen überwiesen wurde, ist natürlich völlig unzureichend. Nach den oben genannten Zahlen über die von Berlin zu unterstützenden Wohlfahrtserwerbslosen dürfte aber gerade in erster Linie Anspruch darauf haben, von Preußen unterstützt zu werden. Der Oberbürgermeister schloß mit dem Bedauern, daß der Magistrat in der heutigen Notzeit gezwungen sei, der Bevölkerung ganz außerordentliche Opfer und Entbehrungen zuzumuten. Trotzdem werde der Magistrat weiter auf seinem Posten aushalten in engem Zusammenwirken mit den städtischen Körperschaften.

Nach dem Genossen Blatau sprachen für die Kommunisten

Stadts. Wisniewski und für die Deutschnationalen Dr. Steiniger. Stadts. Ringer (Staatsp.) betonte, daß der Oberbürgermeister bei seinem Vorgehen sich an die Bestimmungen der Notverordnungen gehalten habe. Für das Defizit und die sonstigen Fehlbedräge müßten eben Einsparungen oder Mehreinnahmen geschaffen werden. Auch Ringer kritisierte eine Reihe von Sparmaßnahmen des Magistrats.

Stadts. Schubert (Staatspartei) hielt den Deutschnationalen vor, daß der Himmel ihres Fraktionsredners aus Potsdams deutschnationalen Oberbürgermeister und seinen geordneten Etat ein klein wenig Demagogie sei. Die Deutschnationalen hätten dann wohl die Gelegenheit verpaßt, unserer Stadt den deutschnationalen Bürgermeister zu bringen, der aus Berlin Potsdam gemacht hätte. Der Willen des Oberbürgermeisters Dr. Sahm, mit den Stadtverordneten eng zusammenzuarbeiten, sei zu begrüßen.

Die Nationalsozialisten schlafen.

Als der Vorsteher-Stellvertreter Dr. Meyer (Staatspartei) dem nächsten Redner, dem Dr. Vippert von den Nationalsozialisten, das Wort erteilte, zeigte es sich, daß Vippert und seine Gesinnungsfreunde die Verhandlungen des Plenums im Foyer der Versammlung verließ hatten. Vippert war nicht im Saal, er konnte infolgedessen auch nicht das Wort erhalten, und so schloß die allgemeine Aussprache über die Sparmaßnahmen des Magistrats und die dazu vorliegenden Anträge der Fraktionen, ohne daß die Nationalsozialisten ihren Senf dazu geben konnten. Die Spezialaussprache und die Abstimmungen werden am kommenden Donnerstag stattfinden.

Gäbels Autofahrten

Was Sklareks alles bezahlten

Die Vernehmung des Angeklagten Kohl in der gestrigen Verhandlung besaß sich mit der Hypothek auf sein Grundstück, war nur kurz und brachte keine Klärung. Eins bewies sie aber: Wenn es darauf ankommt, ist es gut möglich, mit dem Angeklagten auch in einer Weise zu verhandeln, bei der er sich nicht verletzt fühlt und durch die er nicht gereizt wird.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kessner, versteht es ganz bestimmt, die Verhandlung interessant und abwechslungsreich zu gestalten. Auch die von ihm geleiteten kleinen Prozesse waren immer kurzweilig. Die gestrichelte Pointierung ließ den Zuhörer stets auf seine Kosten kommen. Auch will es in diesem Prozeß mitunter scheinen, als müßten sich die Angeklagten als Menschen betrachten, denen bereits alles nachgewiesen ist, die schon verurteilt sind. Unbedingt anerkanntenswert ist die Gründlichkeit und Meisterhaftigkeit der Amtsgerichtsrat Kessner auf die Klärung sämtlicher in der Anklageschrift erwähnten Einzelheiten, selbst der unbedeutendsten, manchmal vielleicht selbst bedeutungslosen, bringt. Aber auch hier scheint es mitunter des Guten zuviel. Anstatt durch Duhende von Fragen die Wahrheit vom Angeklagten selbst erlangen zu wollen — vom Angeklagten, die im Gerichtssaal die Unwahrheit sagen darf —, wäre es vielleicht in vielen Fällen ratsamer, die Aussagen der Zeugen abzuwarten. Eine Kürzung der Verhandlung wäre damit unter allen Umständen erreicht. Daß die Durchführung eines solchen Monstreprozesses wie dieser, eine ruhige Gerichtssaal-Atmosphäre erfordert, dürfte einem jeden einleuchten. Zusammenfasse, einerteil von welcher Seite veranlaßt, sind natürlich zu vermeiden. Wenn aber der Oberstaatsanwalt Dr. Steiniger den Rechtsanwalt Dr. Braubach einfach als „Herrn Braubach“ bezeichnet und den Protest der Verteidiger hervorruft, wenn er dem Vorsitzenden mit Betonung zuruft, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weissenberg dürfe nur mit seiner, des Oberstaatsanwalts, Erlaubnis Auskunft erteilen und dadurch die ironische Bemerkung des Vorsitzenden provoziert: „Gestattet der Herr Oberstaatsanwalt, daß Staatsanwaltschaftsrat Weissenberg die Frage beantwortet?“ so ist dies alles einem reibungslosen Verlauf der Verhandlung wenig zuträglich. Die Angeklagten haben das Recht, vom Vorsitzenden so behandelt zu werden, daß bei ihnen nicht das Gefühl aufkommt, als stünde ihre Schuld bereits fest. Die Rechtsanwälte haben den Oberstaatsanwalt als gleichberechtigte Partei im Prozeß zu gelten.

Im übrigen war der zweite Teil der gestrigen Gerichtsverhandlung nicht besonders ergiebig: Hat Gäbel von den Brüdern Sklarek Zuwendungen erhalten und welcher Art? Seine Behauptung, er habe die von Brüdern Sklarek empfangenen Summen zu wohltätigen Zwecken verausgabt, verdrängte sich zu einem Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Kurzig, eine Anzahl Zeugen zu laden zum Beweise dafür, daß z. B.

auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Böß eine Reihe Firmen, die mit der Stadt in Geschäftsbeziehungen standen, durch gedruckte Formulare um Spenden ersucht worden seien

und daß auch Stadträte derartige Spenden bekommen hätten. Die Anklage behauptet aber, daß der Stadtrat Gäbel nicht bloß mit Borgeld, sondern auch auf andere Weise von Sklareks beschenkt worden sei. So habe er z. B. im Jahre 1920 einen Bismarckmantel erhalten; von der Firma Turgel sei eine Auswahlendung ihm ins Rathaus geschickt worden. Gäbel will von alledem nichts wissen.

Will Sklarek gibt zu, daß etwa 20 bis 30 Stück Pelze ins Rathaus geschickt worden seien und daß nur die Hälfte davon wieder zurückgekommen sei.

Diese Pelze seien aber für Mar' Bekannte bestimmt gewesen, zu denen Gäbel nicht gehört habe. Bei ihm, Willi Sklarek, habe nur Frau Oberbürgermeister Böß eine Pelzjacke ausgesucht. Für die Brücken und Diwanddecken sei Frau Gäbel verantwortlich, ebenso für einen Bücherschrank, der auf Empfehlung von Leo Sklarek im Preise von 1600 Mark bei der Firma B. bestellt worden ist. Daß Sklarek für all das bezahlt haben sollte, habe er erst von dem Untersuchungsrichter bzw. aus der Anklage erfahren. Als der Oberstaatsanwalt den Brückentau mit dem Monopolvertrag in Verbindung bringen will, ruft Gäbel: „Ich wäre doch ein Idiot, wenn ich wegen dieser Dinge meine Existenz aufs Spiel gesetzt hätte.“ Schließlich kamen die

Autofahrten des Angeklagten Gäbel und seiner Frau auf Sklareks Kosten

zur Sprache. Leo Sklarek stellte dem Ehepaar Gäbel ein Mietauto zur Verfügung und kam für Autofahrten in Höhe von 1700 Mark auf. „Mein Auto war besetzt“, sagt Leo Sklarek, „und es war mir unangenehm, abzusagen. Jetzt kommt mir das wie ein Witz vor.“ „Ich wundere mich, daß Sie überhaupt noch ein Hemd auf dem Leibe haben“, meint der Vorsitzende. Leo Sklarek hat aber gestern morgen regelrecht gemeint: er wisse nicht, wozu er morgen seine Familie ernähren sollte. . . .

Heute wird in der Erörterung der Zuwendungen an Gäbel fortgefahren.

Mißbrauch eines Namens.

Der „Ull“ könnte etwas vorsichtiger sein.

In der letzten Nummer des „Ull“ war unter der Überschrift „In vino Veritas“ eine Karikatur erschienen, die unter Beziehung auf den Sklarek-Prozeß den bekannten, von dem deutschnationalen Pfarrer Wolff gesegneten Pöbel zeigte. In dem Bilde war auf dem Pöbel auch der Name des sozialdemokratischen Stadtrates Wuhly verzeichnet. Genosse Wuhly erklärt uns hierzu, daß er keinen der Brüder Sklarek kenne, da er niemals mit ihnen etwas zu tun gehabt habe, gelächweige denn jemals mit ihnen Zechgelage gefeiert habe.

Im weiteren Verlauf der Erörterungen über diese Gebrauchsanweisungen kommt es zu einem Zwischenfall. Rechtsanwalt Dr. Frey erklärt:

Ich stehe nicht an, hier in öffentlicher Verhandlung zu sagen, daß Dr. Alfstaedt durch den Zeitungsartikel, der über das Calmette-Verfahren in der Lübecker Presse veröffentlicht wurde, die Elternschaft getäuscht hat.

und zwar dadurch, daß er in diesem Artikel sagte, es handle sich um unschädliche Bazillen, die im Magen und Darm verarbeitet würden. Wenn das ein Mediziner in seiner amtlichen Eigenschaft tut, so sei das eine Täuschung. Dr. Alfstaedt wird dann in ein äußerst scharfes Kreuzverhör durch die Nebenkläger genommen, die erfahren wollen, was Dr. Alfstaedt den Hebammen über das Mittel gesagt hat. Dr. Alfstaedt erklärte, daß er in der Hebammenversammlung seiner Meinung nach eine genaue Aufklärung gegeben habe. Er habe gesagt, es handle sich bei dem BCG um lebende Bazillen, die abgeschwächt worden seien, und er habe das Präparat sogar mit der Pockenimpfung verglichen. Die Hebammen seien von ihm angewiesen worden, die Elternschaft aufzuklären. Er habe allerdings nicht besonders betont, daß sie in jedem Falle den Eltern sagen müßten, es handle sich um einen Impfstoff.

Die „Freie Sozialistische Hochschule“ veranstaltet am 14. November, dem 100. Todestage Hegels, um 19 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, einen Vortragsabend, in dem Professor Dr. S. Rard-Breslau über das Thema „Hegel und der wissenschaftliche Sozialismus“ sprechen wird. Alle interessierten Genossen und Genossinnen seien auf diese Veranstaltung besonders aufmerksam gemacht.

Frauenmörder verhaftet.

In der Wohnung der Freundin ermittelt.

Der Kriminalpolizei ist es schnell gelungen, den 21 Jahre alten Kurt Thiemel, der vor zwei Tagen seine Tante, die 68jährige Berta Schimmelpfennig, in ihrer Wohnung in der Stephanstraße 19 erschoss und beraubte, festzunehmen. Th. wurde gestern nachmittags in der Wohnung seiner Freundin in der Steinmehstraße 54 überwachend verhaftet.

Entgegen der ersten Annahme, daß der Täter in die Provinz geflüchtet sei, wurde am Mittwoch festgestellt, daß sich Th. noch in Berlin verborgen halten müsse. In der Nacht zum Donnerstag wurde eine große Fahndungsaktion eingeleitet. Dabei wurde ermittelt, daß ein gewisser Thiemel, der in der Pallasstraße zur Untermiete wohnte, mit dem Gesuchten eine auffallende Ähnlichkeit besaß. Als Kriminalbeamte in der Pallasstraße eintrafen, war der Untermieter nicht anwesend, er war in der Nacht überhaupt nicht nach Hause gekommen. Die weiteren Nachforschungen ergaben dann, daß sich der angebliche Thiemel nachts öfter in der Wohnung seiner Freundin in der Steinmehstraße aufhalte. Als die Beamten in die Wohnung des Mädchens eindringen, fanden sie Thiemel, der sich schnell als der gesuchte Thiemel entpuppte, in der Küche vor, wo er gerade einen Brief schrieb. Der Täter war so überrascht, daß er nicht an Widerstand dachte und den Mord auch sofort zugab. Der jugendliche Mörder war am 30. Oktober aus der Wohnung seiner Eltern plötzlich verschwunden und hatte die gesamten Ersparnisse der Leute mitgenommen. Nachdem er das Geld in vier Tagen in leichtsinniger Gesellschaft verjubelt und nichts mehr hatte, kam er auf den Gedanken, seine Tante zu berauben. Vorfällige Mordabsicht bestreitet er natürlich. In der Pallasstraße hatte er sich bereits einige Tage vor der Mordtat unter dem falschen Namen eingemietet.

Raffenräuber in der Prenzlauer Allee.

Mit vorgehaltenen Pistolen 200 M. erbeutet.

Trotz der stärkeren polizeilichen Überwachung der Straßen, namentlich in den Abendstunden, ist es gestern wieder einigen jungen Burschen gelungen, im Nordosten der Stadt unter Waffenanwendung die Ladenkasse eines Lebensmittelgeschäftes zu plündern.

Kurz vor Geschäftsschluß stürmten vier junge Leute in die Butterziffiale der Firma Hoffmann in der Prenzlauer Allee 24. Drei von ihnen hatten Pistolen in den Händen. Das Verkaufspersonal und einige Kunden, die gerade anwesend waren, wurden durch die drohende auf sie gerichteten Pistolen so eingeschüchtert, daß niemand Widerstand wagte. Einer der Täter ging dann auf die Kasse zu, riß die Schublade auf und raubte etwas über 200 Mark. Mit der Beute flüchtete die Bande und entkam. Als das alarmierte Ueberfallkommando eintraf, war von den jugendlichen Räubern keine Spur mehr zu entdecken.

Großfeuer in Charlottenburg.

Zwei Menschen aus Lebensgefahr gerettet.

Bei einem Großfeuer, das gestern nachmittags nahezu den gesamten Dachstuhl des Hauses Schillerstraße 2 in Charlottenburg vernichtete, gerieten zwei Menschen, die sich in einem Künstleratelier befanden, in schwerste Lebensgefahr. Im Dachstuhl des Wohnhauses befinden sich mehrere Malerateliers. U. a. ist dort auch das Maleratelier Herwig untergebracht. Kurz vor 16 Uhr brach im Dachstuhl aus noch unbekannter Ursache Feuer aus. Die Flammen griffen auf die Ateliers über. Als die alarmierte Feuerwehr unter Leitung des Oberbranddirektors Gempy mit fünf Zügen eintraf, erlönten aus einem Dachfenster laute Hilsrufe. Es waren der Schriftsteller Bruno Reimann und sein Sohn Fritz, die bei der Arbeit vom Feuer überrascht worden waren. Die Flammen hatten den beiden Männern den Rückweg ins Freie abgeschnitten. Beide wurden sofort gerettet. Die Ateliers sind zum größten Teil vernichtet. Bei den Bösarbeiten erlitt der Oberfeuerwehrmann Beuster schwere Schnittverletzungen.

Furchtbare Explosion in Siebenbürgen.

Ganze Familie zerrissen. — Haus in die Luft geflogen.

Bukarest, 12. November (Eigenbericht)

In der Siebenbürger Gemeinde Rischka hatte ein kommunistischer Bergarbeiter in einem Ofen vier gestohlene Dynamitpatronen versteckt. Als die Frau des Arbeiters in dem Ofen Feuer machte, ohne von den versteckten Dynamitpatronen zu wissen, kam es zu einer furchtbaren Explosion. Das Haus flog in die Luft; die vierköpfige Familie wurde buchstäblich zerrissen. Der leistungsfähige Arbeiter, der Selbstmord versuchte, als er von der Katastrophe erfuhr, wurde verhaftet.

Gertrud Frenzel bleibt den Eltern fern.

Die Beschwerde der Frau Frenzel gegen den Beschluß des Amtsgerichts Potsdam, durch den ihr und ihrem Manne, dem ehemaligen Bezirkschornsteinfegermeister Arthur Frenzel, die Sorge für ihre Tochter Gertrud entzogen worden ist, wurde durch Beschluß des Landgerichts Potsdam zurückgewiesen.

Vortragsabend des Republikanischen Reichsbundes. Ueber „Glaube und Wirk“ spricht Universitätsprofessor Dr. Karin Sodohm bei dem Vortragsabend der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes am Freitag, dem 13. November, 10 Uhr, im Saal des Demokratischen Klubhauses, Viktoriaplatz 24 (nahe der Potsdamer Brücke). Eintritt frei.

Gesundes Herz, starke Nerven, ruhiger, tiefer Schlaf...

das sind Glücksgüter, die man erst zu schätzen weiß, wenn man sie nicht oder nicht mehr hat.

Das Coffein im Bohnenkaffee ist bekanntlich ein Herz- und Nervenreizmittel, das bei Mißbrauch Schaden anrichten kann.

Trotzdem kann heute jeder feinsten Bohnenkaffee genießen, der völlig unschädlich ist: den weltbekannten Kaffee Hag.

Für Kranke und Gesunde nichts Besseres als der bewährte coffeinfreie Hag.

Aber der echte Kaffee Hag muß es sein.

In jedem Paket liegt ein Gutschein für Kaffee Hag oder Hag-Porzellan.

Dr. Alfstaedt im Kreuzverhör.

Staatsanwalt erweitert die Anklage.

Lübeck, 12. November.

Die Verhandlung im Lübecker Tuberkulose-Prozeß wurde mit einer Erklärung des Oberstaatsanwalts Dr. Linau eingeleitet, der den offiziellen Antrag auf Erweiterung der Anklage stellte. Der Oberstaatsanwalt begründete diesen Antrag wie folgt:

Am Laufe der Hauptverhandlung hat sich ein hinreichender Verdacht ergeben, daß sich die Angeklagten Prof. Dr. Deyde und Dr. Alfstaedt auch insofern strafbar gemacht haben, als sie sich durch die Einführung des Calmette-Verfahrens der gefährlichen Tötung und Körperverletzung schuldig gemacht haben. Die Anklage werde nunmehr Prof. Deyde und Dr. Alfstaedt weiter zum Vorwurf machen, bei der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck im Winter 1920/21 durch Fahrlässigkeit unter Außerachtlassung der durch ihren Beruf erforderlichen Aufmerksamkeit den Tod bzw. die Körperverletzung der im Eröffnungsbeschluß bezeichneten Kinder verursacht zu haben.

Dann wird Obermedizinalrat Dr. Alfstaedt noch einmal zu den Gebrauchsanweisungen vernommen, die dem von Professor Calmette versandten Mittel beiliegen. Die Frage, weshalb man nicht auch in Lübeck solche Gebrauchsanweisungen an die Elternschaft verteilen ließ, beantwortete Dr. Alfstaedt mit dem Hinweis, daß ja der gelbe Zettel dem entspräche. Gleich darauf befragt er auf Befragen der Verteidiger, daß er sich an die Calmettesche Gebrauchsanweisung bei der Abfassung des gelben Zettels nicht gehalten habe. Der Widerspruch in diesen beiden Behauptungen des Angeklagten wird protokolliert.

Aus Staub wird Gold.

Provisionsreisende in Lumpen. — Tausendmarkscheine werden eingestampft.

Die deutsche papierverarbeitende Industrie ist durch den Verlust wahrer Proben zu verstärkter Einfuhr von Rohstoffen gezwungen. So kommt der Altpapierverwertung mit ihrer billigsten Rohstoffversorgung erhöhte Bedeutung zu. Berlin ist in der Nachkriegszeit zu dem größten Altpapierzentrum Europas geworden.

In einer Zeit, in der die Produktion gedrosselt wird, weil die Läger überfüllt sind und die in Frage stehenden Käufer kein Geld haben, Armeen von Arbeitern sich kaum kleiden und nähren können, ragen wie eine Insel aus dem Meer Industrien aus dem wirtschaftlichen Chaos hervor, deren systematische Organisation den Anschein des Sinnvollen in der kapitalistischen Wirtschaft erwecken. Es ist ein bestechender Vorgang, wenn Panzerplatten abgewrackter Kriegsschiffe, ausgelebte Lokomotiven und unmodern gewordene Maschinen in den Gießereien zu Brei geschmolzen werden. In der Papierindustrie ist der Vorgang ähnlich. Hier wachsen aus eingestampften Kontobüchern neue Karteeien heraus. Circa 30 Proz. Altpapier wird bei der Papierbereitung als Rohstoff verwendet. Augenblicklich gewinnt der Altpapierhandel, wie stets in Zeiten der Not, für die breite Masse der Bevölkerung, die mit jedem Pfennig rechnen muß, an Bedeutung. Und der Verkauf von Papier und Lumpen bringt nur Pfennige. Der Kleinhändler zahlt heute für das Pfund Altpapier ¼ Pfennig, für ein Kilo ½ Pfennig. Für einen Zentner Altpapier bekommt man also den jammervollen Preis von 25 Pfennig. Welche Gedanken macht sich die Hausfrau darüber, was der Lumpensammler mit der Zeitungsmakulatur anfängt? Einwickelpapier für den Krümer oder für die Marktfrau? Die gesteigerten hygienischen Anforderungen verbieten das schon von selbst. Der allergrößte Prozentsatz des Altpapiers geht auf dem Umweg über die Lumpensammler in die Papiermühlen.

Provisionsreisende auf Lumpen.

Eine fein verzweigte Organisation der Verkäufer beherrscht den Berliner Markt. Die Händler, die sich durch den bekannten Ruf: „Lumpen, Flaschen, Papier“ auf den Höfen und in den Straßen bemerkbar machen, sind „Provisionsreisende in Lumpen“. Unternehmer stellen ihnen Karren, Waage und Saal und zahlen für die gesammelten Produkte eine Provision. Je höher die soziale Stufenleiter erklettert wird, desto vereinfachter ist das Sammelverfahren. Man spezialisiert sich. Es gibt Spezialisten für Lumpen, Flaschen, Metall und Papier. Fast in allen Stadtteilen gibt es Keller, in denen Altpapier angekauft werden. Zwischen meterhohen Ballen, die 3 bis 4 Zentner wiegen, stehen im halbdunkel patriarchalische Gestalten und sortieren die Altpapierarten säuberlich.

Im Norden Berlins ist eine der größten Papierverwertungs-

anstalten des Kontinents. In den ausgedehnten Anlagen der Firma Schmelz werden täglich mit einer Belegschaft von 250 Mann 150 bis 200 Tonnen Altpapier verarbeitet. 25 Gespanne bringen die schweren Lasten aus allen Stadtteilen heran. Mechanische Entladungsvorrichtungen befördern die Säcke und Ballen auf den Boden des Fabrikgebäudes. Hunderte von Frauen breiten über Drahtgittern Papierpläne aus und sortieren sie nach zahlreichen Gesichtspunkten. Rühfam ist die Arbeit. Fein- und Mittelpapier, Druck- und Tapetenpapier muß nach Farbe und Stärke getrennt werden. Allein 29 Rohstoffarten werden unterschieden. Das erfordert ein geschultes Personal, denn unachtsame Auslese macht sich bei der Papierbereitung außerordentlich unangenehm bemerkbar. Als man Ende des vorigen Jahrhunderts dazu überging, Altpapier einzustampfen, weigerte sich die Papierindustrie, namentlich die Fein- und Mittelpapierindustrie, Altpapier zu verwenden, da es außerordentlich schwer ist, Altpapier maschinenfertig zu sortieren. Es mußte deshalb ein Stab von geschulten Sortiererinnen geschaffen werden, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Trotz aller erdenklichen Vereinfachungen ist die Handarbeit vorherrschend. Laufende Drahtbänder dienen dazu, das Altpapier von Fremdkörpern (Kirschkernen, Zigarettenstummeln, Bindfäden) zu reinigen. Spezialpressen formen die gewonnenen Rohstoffe zu quadratischen Blöcken. Durch Rutschen fallen die Ballen in die Lagerkeller und werden dort verpackungsfähig gemacht. Wertloses Altpapier wird mit Sackleinen und Tüchern umhüllt, damit keine Risse eindringen kann. Die größten Schwierigkeiten traten anfangs in der Wiederverwendung bedruckten Papiers, besonders der Zeitungsmakulatur, auf. Die chemischen Erfinder haben auch diese Hindernisse beseitigt. Die Druckerwärme wird mit chemischen Mitteln aus dem Papier herausgezogen. Allerdings ist dieser Prozeß nur einmal möglich, da das weiße Papier bei diesem Umwandlungsprozeß eine graue Färbung annimmt.

Millionen werden zu Staub.

Das vor einem halben Jahrhundert noch verachtete Abfallprodukt wird in Tausenden von Tonnen der Wirtschaft wieder zugeführt. Selbst die Notenbanken, die regelmäßig unbrauchbar gewordene, schlechte, abgegriffene Geldscheine ausrangieren, legen die Papierverwertungsindustrie in Richtung Unkenntlichmachung von Wertpapieren und Geheimakten ist an der Grenze der Hervollkommenheit angelangt. Die Geldscheine werden zu Papierstaub gemahlen. Jeder Mißbrauch wird ausgeschlossen. Als man noch die Banknoten durch Verbrennen beseitigte, war diese Methode nicht nur sehr kostspielig, sondern auch mit dem Risiko verbunden, da nicht alle Scheine völlig zerstört wurden. Die Reichsbank, die laufend Noten außer Kurs setzt, nimmt die Unkenntlichmachung selbst vor und verkauft den verhältnismäßig teuren Papierstaub.

Falscheid auch mal billig.

Leichte Geldstrafe für früheren Pintsch-Direktor.

Der Direktor Adolf Jillich stand jahrzehntelang dem Glühlampenwerk Pintsch in Fürstenwalde als Direktor vor. In den letzten Jahren war der Buchhalter Paul Lehmann seine rechte Hand. Im Februar 1929 kam man im Glühlampenwerk größeren Unterschlagungen auf die Spur und es wurde deshalb merkwürdigerweise Lehmann der Prozeß gemacht. Hauptbelastungszeuge war der Direktor Jillich.

Die verschiedenen Verhandlungen ergaben nun, daß im Glühlampenwerk nicht unerhebliche Gelder dafür verwendet wurden, der Konkurrenz tüchtige Kräfte abspensig zu machen und deren Kenntnisse für die Firma Pintsch auszunutzen. Direktor Jillich mußte sich nachsagen lassen, daß er verschiedentlich die Erfindungen und Verbesserungen dieser Kräfte der Generaldirektion gegenüber als seine eigenen ausgegeben hat. Vertrauter des Direktors und der Mann, der dafür auch die Geldmittel flüssig machen und entsprechend verbuchen mußte, war aber Lehmann, der im Prozeß behauptete, daß er keine Gelder unterschlagen, sondern für die erwähnten Zwecke auf Anordnung des Direktors Jillich verbraucht habe. Wegen der Unterschlagung läuft das Verfahren noch, wegen der Urkundenfälschung erfolgte Freispruch Lehmanns. Im letzten Termin hatte Jillich auf den Vorwurf, daß er bei seinem glänzenden Einkommen — 80 000 bis 100 000 M. pro Jahr — seinen Sohn wegen einer kleinen Geldschuld den Offenbarungseid leisten ließ, unter Eid erklärt, daß das Geld längst bezahlt gewesen sei und er nur erzieherisch auf seinen Sohn einwirken wollte. Verschiedene Zeugen bekunden nun, daß Jillich betont habe, daß die Schuld bereits vor Ableistung des Offenbarungseides beglichen war. Aus den in Frage kommenden Akten geht jedoch hervor, daß J. junior im Februar 1929 den Offenbarungseid geleistet hat, die Schuld aber erst im April bezahlt wurde. Jillich kann sich an nichts

mehr erinnern. Nach längerer Verhandlung verurteilt das Gericht Jillich wegen fahrlässigen Falscheldes zu 70 M. Geldstrafe an Stelle einer Woche Gefängnis.

Orkan über dem Kanal.

Die Meere in Aufruhr. — Ueberall Schiffe in Seenot.

London, 12. November.

Die Stürme über dem Kanal dauern fort und richteten in der Nacht zum Mittwoch weitere große Schäden an der Südküste Englands an. In den frühen Morgenstunden raffte ein Orkan über den Kanal. Haus hohe Bogen brachen über die am Strand gelegenen Häuser in Sandgate und Hastings, so daß die Bewohner teilweise ihre Häuser verlassen mußten. In Portsmouth stand das Wasser in den Straßen teilweise bis einen Meter hoch. In Paken wurden die Türen vieler Häuser von den Bogen weggerissen, so daß die Bewohner flüchten mußten. In St. Marys auf den Scilly-Inseln wurde der Hafendamm von den Fluten durchbrochen. Der Dampferverkehr mußte eingestellt werden. Bei Newhaven erlitt ein Fischdampfer Schiffbruch. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Stadtverordneter als Nazi-Hauptling.

Großer Landfriedensbruchprozeß in Oranienburg.

In Oranienburg bei Berlin sahen gestern im größten Saal der Stadt 55 Nationalsozialisten auf notdürftig hergerichteten Anklagebänken; sie hatten sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten.

Am 24. September d. J. waren, damit „endlich mal mit den Kommunisten aufgeräumt wurde“, rund 250 SA-Leute mit Schlagringen und Knütteln, mit Botten und Stahlrutten bewaffnet, vor dem kommunistischen Verkehrslokal erschienen. Angeblich hatten sie diese sonderbare Ausrüstung auf dem Jahrmärkte gekauft, der gerade in Oranienburg stattfand. Vor dem Kommunistenlokal freilich kam es zu einer Revolverchießerei. Die einen sagten, es waren die Nationalsozialisten, die anderen erklärten, es waren die Kommunisten, die geschossen haben. Interessant ist die Rolle des

Oranienburger Stadtverordneten Juchs, der die nationalsozialistische Ortsgruppe von Oranienburg leitete und beschuldigt wird, der Rädelsführer zu sein.

Seine Parteigenossen nahmen ihn natürlich in Schutz; der wackere Stadtverordnete, der nach der Ueberzeugung der Polizeibeamten das Kommando „Feuer“ selbst gegeben haben soll, will nur dabei gewesen sein, um Ruhe und Ordnung zu stiften und seine Leute vor Unbesonnenheiten zu bewahren. Die SA-Leute sind natürlich nur zufällig am Tatort gewesen, einmal, weil sie sich auf einem Spazierweg, zum anderen Mal, weil sie sich auf dem Heimweg befanden. Stühle und andere Gegenstände hätten sie nur bei sich getragen, weil sie sich gegen kommunistische Drohungen schützen mußten. Für den Prozeß sind rund 14 Tage vorgesehen. Freitag und Sonnabend werden die Angeklagten vernommen, am Montag beginnt die Beweisaufnahme, die interessante Ergebnisse haben kann.

Berhängnisvoller Irrtum eines Arztes.

Drei Geistesranke durch Morphiumeinspritzung getötet.

Wien, 12. November. (Eigenbericht.)

Im Krankenhaus von Reutza (Schlesien) wurden drei Geistesgestörte die Opfer einer verhängnisvollen Berührung von Arzneimitteln. Den Kranken waren während eines Tobjuchsanfalls von dem diensthabenden Arzt Injektionen verabreicht worden. Am nächsten Morgen fand man alle drei tot auf. Die Untersuchung ergab, daß die Injektionsflüssigkeit aus einer Morphiumlösung bestand, die in der verabreichten Dosis unbedingt tödlich wirken mußte.

1½ Jahre Gefängnis für Bankier Securius.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Bankier Securius wegen Verbrechen und Vergehens gegen das Depotgesetz nach Antrag des Staatsanwalts zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Securius, der sich ein Monat und eine Woche in Untersuchungshaft befindet, nahm die Strafe an, so daß das Urteil rechtskräftig wurde. Nach Verbüßung von weiteren drei Wochen der Strafe soll Bankier Securius für die letzten sechs Monate Bewährungsfrist erhalten. Securius hatte nach größeren Verlusten im Jahre 1923 kurz nach der Währungsstabilisation Käufe und Verkäufe ohne Aufträge vorgenommen und Kundenpapiere befehlen lassen. Die Unterschlagungen beliefen sich auf rund 200 000 Mark.

Revision im Hansmann-Prozeß. Wie die Justizpressestelle aus Düsseldorf mitteilt, ist in dem Prozeß des Landrats Hansmann gegen Dr. Gisevius von der Staatsanwaltschaft vorsorglich Revision eingelegt worden.

Nazi-Provokationen in Treptow.

Hakenkreuzler beherrschen bereits die Straße.

Man schreibt uns:

Seit dem Bestehen einer SA-Kaserne in der Bohmühlenstraße in Treptow vergeht kein Tag, ohne daß die Nationalsozialisten versuchen, die arbeitende republikanische Bevölkerung Treptows zu provozieren. Bei Eintritt der Dunkelheit sieht man die Hakenkreuzer die Straßen unsicher machen. Sperreflektoren über die ganze Straßenfront werden gebildet und jeder, der versucht, an die Herden vorbeizukommen, muß sich erst eine Kontrolle gefallen lassen, ob er nicht Mitglied des Reichsbanners oder einer sozialistischen Organisation sein könnte. Haben die Nazis dann jemand erkannt, der als Republikaner verdächtig erscheint, so kann der betreffende damit rechnen, daß er beschimpft, gestochen und geschlagen wird, wenn ihm nichts Schlimmeres geschieht. Vor längerer Zeit hatten die Nazis schon einmal die Schaufenster der Vorwärtsbuchhandlung in der Graefstraße zertrümmert. Da man mit einem Mitteltal noch nicht genug hatte, versuchten am Montag diese Herden einen erneuten Angriff auf die Buchhandlung, sie vermuteten, daß alles zur Massentumgebung der Sozialdemokratie im Sportpalast war, so daß sie ungehindert das Eigentum der Arbeiterschaft hätten zerstören können. Gegen 19 Uhr zog eine Horde von 70 Mann aus der SA-Kaserne durch die Graefstraße, um Leute zu belästigen und dann den „Vorwärts“ hochgehen zu lassen, wie sie sich ausdrückten. In der Nähe befanden sich zufällig nur vier Reichsbannerleute, die sich sofort zum Schutz des Ladens zur Verfügung stellten. Die Nazis tobten und lärmten, schlugen gegen die Scheiben und versuchten, ihren Plan auszuführen. Nur das auf Anruf erschienene Ueberfallkommando konnte das schlimmste in letzter Minute verhindern. Die Provokateure wurden dem Polizeipräsidenten zugeführt. Eine dankbare Aufgabe der Polizei wäre es, die SA-Kaserne mehr denn je zu beobachten und auch zu kontrollieren.

Medicus

erhielt auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1931 die höchste Auszeichnung

die goldene Medaille!

So kunstgerecht, den anatomischen Gesetzen angepasst, steht das Fußgerüst im MEDICUS-Schuh! Eine Notwendigkeit für Knick-, Senk- und Ballenfüsse — eine Wohltat für den gesunden Fuß!

Leiser



Herren 18⁵⁰ Damen 16⁵⁰

Die Vorzüge:

1. Doppelseitige Gelenkstütze
2. Ausgearbeiteter Ballen
3. Filzbrandsohle
4. Stahlgelenk
5. Spezialformen für alle Arten Einlagen

MEDICUS-Schuhe jetzt auch für Kinder

Sakentkrenz und Arbeiterinternationale. Die Hitlerpartei bewirbt sich um die Sympathie der englischen Sozialisten.

Hitler bemüht sich, die herrschenden Klassen des Auslands über die „richtigen Ziele“ der von ihm geführten Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei „authentisch“ zu informieren und sie zu beruhigen, damit sie nicht glauben, daß die „antikapitalistische“ Propaganda der Nationalsozialisten ernst zu nehmen sei. Gleichzeitig versuchen die Nazis, ihr arbeiterfeindliches Wesen in den Augen der Arbeiterklasse anderer Länder zu vertuschen, indem sie sich als eine wirklich sozialistische und wirkliche Arbeiterpartei auszuspielen bemühen. Diese doppelte Buchführung wirkt lächerlich, aber sie wird trotzdem betrieben. Eine Probe aufs Exempel ist ein Brief des Londoner Berichterstatters des „Bötschen Beobachters“ an das Organ der ultralinken Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, „New Leader“, der dort am 30. Oktober abgedruckt ist:

„Die kapitalistische Offensive in Deutschland.“ „Ich habe in Ihrer Zeitschrift den Bericht Ihres Berliner Korrespondenten, datiert vom 20. Oktober, über das obige Thema gelesen, aber ich behaupte, daß das eine Irreführung ist.“

Was die „Hitlerianer“ anbelangt, so kann ich autoritativ versichern, daß sie mit den Großindustriellen oder ihren sozialen und politischen Zielen nicht verbündet sind; im Gegenteil lehnt sich jedes Mitglied der Nationalsozialisten, das am Streikbruch teilnimmt, der Gefahr aus, aus der Partei herausgeschmissen zu werden. Die Nazis verbünden sich zeitweilig mit einigen Industriellen, die zum großen Teil in der sogenannten Deutschnationalen Partei oder in der Volkspartei organisiert sind, mit dem einzigen Ziel, die Brüning-Diktatur zu brechen. Andererseits hat Brüning selbst mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei den sozialreaktionären Forderungen der Industriellen den Weg freigebunden, indem er den Lohn und die Arbeitslosenunterstützung senkte, um die Reparationszahlungen auszubringen.

Das Ziel der Nazis ist, den Lebensstandard der deutschen Arbeiter zu verbessern durch die Eliminierung der augenblicklichen unheilvollen Weltmarkt-Wettbewerb, durch die Befreiung Deutschlands von den politischen Schulden (Reparationen) und durch die Förderung des Bauernbesitzes, indem Siedlungsaktionen auf dem Land durchgeführt werden.

Gen. Dr. H. B. Thost.

(Londoner Korrespondent des „Bötschen Beobachters“.)

Das ist nach Harzburg die dreifache Lüge, die uns vorgekommen ist. Die Partei, die auf Kosten der großindustriellen Scharmacher ausgezogen ist, wird als Partei der Arbeiter, als Schrittmacher des sozialen Fortschritts hingestellt, während die deutsche Sozialdemokratie als eine Helfershelferin des sozialreaktionären Unternehmertums hingestellt wird. Die Dutschpartei, die Tag und Nacht von einer Diktatur schwärmt und sie auf verschönerlichem Wege vorbereitet, wird als Bollwerk gegen die Brüning-Diktatur hingestellt, die von der arbeiterverräterischen Sozialdemokratie unterstützt wird!

Lüge? Gewiß — aber zugleich ein beredtes Zeichen dafür, daß die Hitlerleute sich um die Sympathien des internationalen Proletariats bemühen, das sie in Deutschland als „marxistischen Mob“ beschimpfen. Das haben vor ihnen schon die viel geschickteren italienischen Faschisten versucht, aber ebenso wie ihnen wird es den Nazis nicht gelingen, die öffentliche Meinung des Weltproletariats irrezuführen.

Lederers Antrittsvorlesung.

Pro effor Lederer mit demonstrativem Beifall begrüßt.

Gestern nachmittag hielt an der Berliner Universität Genosse Professor Lederer, der aus Heidelberg nach Berlin kommen ist, seine Antrittsvorlesung. Der Hörsaal erries sich als viel zu klein, um alle erschienenen Studenten aufzunehmen. Weit über 700 Berliner Studierende begrüßten Lederer mit demonstrativem Beifall. Bekanntlich ist er gegen den Willen der philosophischen Fakultät der Berliner Universität zum Kultusminister Grimm nach Berlin berufen worden. Lederer gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung der nationalökonomischen Theorie. Die Vorlesung verlief völlig ruhig. Die Unnachgiebigkeit der Behörden beim Haken der Universitätsstandal hat den Nazistudenten offenbar gezeigt, daß es unmöglich ist, linksstehende Professoren durch Rabauzonen an der Ausübung ihres Lehramtes zu hindern. Der starke Beifall der anwesenden Hörer galt nicht nur Lederer. Er war zugleich der Dank der arbeitswilligen Studenten an das Kultusministerium für seine Berufung nach Berlin. Jetzt endlich hat die sozialistische Wirtschaftsauffassung einen Vertreter unter den Dozenten der größten deutschen Hochschule. Damit ist der unmögliche Zustand beendet, daß die Studentenschaft lediglich von reaktionären oder liberalen Nationalökonomien alter Schule ihr Wissen beziehen muß.

Walter Victor verurteilt.

Ein Urteil gegen die freie Kritik.

Zwidau, 12. November. (Eigenbericht.)

In dem Gotteslästerungsprozess gegen den verantwortlichen Redakteur des Zwidauer „Wolfsblatt“, Walter Victor, erkannte das Gericht am Donnerstag wegen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen auf zwei Wochen Gefängnis.

Der Sachverständige Professor August Wessner-Gleichen hielt in längeren Ausführungen den Gedanken, daß in der englischen Satire „Zwischen zwei Hälften“ eine Gotteslästerung enthalten sei, für absurd und verteilte die Auffassung des angeklagten Redakteurs, daß hier lediglich eine strolsche Satire gegen den Strafvollzug vorhanden sei. Die von der Staatsanwaltschaft beigebrachten Zeugnisse, die das notwendige Ergebnis an der Satire demonstrieren haben sollten, verfielen in bezug auf die Gotteslästerung. Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme konnte das Gericht das Urteil wegen Gotteslästerung nicht aufrecht erhalten. Es hob das auf vier Monate Gefängnis lautende Urteil auf. Dieser Rückzug des Gerichts kann nicht verkerrgen, daß auch hier wiederum ein gegen die Freiheit der Presse und der Kritik gerichtetes Urteil vorliegt.

Trauerfeier für Lübbring.

Dortmund, 12. November. (Eigenbericht.)

Unter außerordentlicher Anteilnahme der Bevölkerung fand am Donnerstag auf dem Dortmunder Zentralfriedhof die Trauerfeier für den verstorbenen Polizeipräsidenten Josef Lübbring statt. Etwa 4000 Personen, Vertreter der Behörden, der Polizei, das Reichsbanner und Vertreter der Sozialdemokratie folgten seinem Sarge. Tausende hörten auf dem Friedhof die durch Lautsprecher übertragene Trauerfeier.

Horthy erbt Hindenburg. Am 16. November werden drei ungarische Offiziere im Auftrag Horthys dem deutschen Reichspräsidenten die „Inhaberschaft“ eines Honvedregiments antworten. Bisher gibt es nur einen solchen Ehren-Oberst: den König von Italien, gegen dessen Truppen unzählige ungarische Soldaten gefallen sind.

Kapitalistischer Wirtschaftsegen.



In Brasilien heißt man jetzt mit dem unerkäuflichen Kaffee. Es sollen sogar aus Kaffeebohnen reguläre Britetts hergestellt werden.



Infolgedessen wird man in Deutschland nun wohl Kaffee aus Britetts mahlen!

Deutschland—Frankreich.

Beginn der Wirtschaftsverhandlungen.

Heute tritt in Paris die deutsch-französische Wirtschaftskommission zu ihrer ersten Beratung zusammen. Diese Kommission wurde bekanntlich gebildet in Verfolg der direkten Besprechungen, die zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem deutschen Reichkanzler Dr. Brüning in Paris und in Berlin stattgefunden haben. Die Kommission, die unter der verantwortlichen Leitung der beiden Regierungen steht, hat ein sehr weites, und man kann wohl auch sagen, sehr fruchtbares Feld zu bearbeiten. Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen sind sehr ausgedehnt und vielfältig. Als Nachbarländer, deren wirtschaftliche Grundlagen einander ergänzen, gibt es ungeheuer viel Möglichkeiten, um das Zusammenarbeiten der beiden Länder enger zu knüpfen. Zu diesen natürlichen Bedingungen gesellen sich noch die Reparationsfrage und die Wirtschaftskrise, die beide ein engeres Zusammenarbeiten erfordern.

Soweit die Reparationsfrage die Wirtschaftsbeziehungen berührt, kann es sich in diesem Rahmen nur darum handeln, die Sachlieferungen so zu gestalten und zu organisieren, daß sie der deutschen Wirtschaft Beschäftigungsmöglichkeiten in größerem Umfange geben, ohne den inneren Markt Frankreichs zu überlasten. Es ist in diesem Zusammenhang auf französischer Seite besonders von der Erschließung der Kolonien gesprochen worden, wo deutsche Unternehmungen und deutsche Qualitätsarbeit ein größeres Betätigungsfeld finden könnten.

Bei der Frage der Zusammenarbeit der Indu-

striellen Deutschlands und Frankreichs wird es unbedingt nötig sein, die staatliche Kontrolle und auch die Kontrolle der Arbeiterschaft einzuschalten, denn sonst könnte es sehr leicht kommen, daß diese Zusammenarbeit sich gegen die Konsumenten richtet und vor allem die Hochhaltung der Preise zum Gegenstand hat. Diese Gefahr birgt heute jede internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie ja die Geschichte der internationalen Kartelle und Trusts lehrt.

Ein besonderes Problem ist die Frage der Zusammenarbeit zwischen deutscher Rohle und französischem Eisen- erz. Hier ist viel gutzumachen, was in den Nachkriegsjahren ver- dorben wurde. Auch arbeitsmarktpolitisch könnte sich eine deutsch-französische Zusammenarbeit sehr günstig auswirken. Bekanntlich leidet Frankreich an einem Mangel an Arbeitskräften. Dieser Mangel macht sich besonders stark geltend in den Industrie- bezirken Ostfrankreichs. Jehtlauende deutsche Arbeiter der west- lichen Bezirke könnten dort Beschäftigung finden, ohne ihren Wohn- sitz aufzugeben.

Welches auch die Ergebnisse der Beratungen der deutsch- französischen Wirtschaftskommission sein werden, es liegt auf der Hand, daß die Zusammenarbeit nur eine friedliche sein kann und somit als Voraussetzung und als Ziel den Frieden hat. Und man kann wohl auch sagen, daß der Frieden um so stärker begründet sein wird, je enger und vielfältiger die deutsch-französische Zusammenarbeit ist.

Bayern weist Pfrimer aus.

Der Dutschist als lästiger Ausländer.

München, 12. November. (Eigenbericht.)

Der flüchtige Heimwehrdutschist Dr. Pfrimer hat München und Bayern verlassen, um über die Schweiz und Italien nach Jugoslawien zu reisen. Die Münchener Polizei hat ihn als lästigen Ausländer aufge- fordert, Bayern so rasch wie möglich zu verlassen.

Macdonald unter Schutzöllnerdruck.

Churchill fordert sofortige Maßnahmen.

London, 12. November. (Eigenbericht.)

Macdonald beginnt bereits die Last der konservativen Mehrheit zu spüren. Nicht nur im Unterhaus, auch in der Regierung selbst entfalten die Schutzöllner eine rege Tätigkeit, um Macdonald zu schnellem Handeln in ihrem Sinne zu treiben.

In der Frage des Zollschutzes ist es dem Führer der nationalen Regierung bisher möglich gewesen, sich allem Drängen durch den Hinweis auf die noch schwebende Untersuchung über diesen Punkt zu entziehen. In der Frage der unmittelbar zu ergreifenden Einfuhrbeschränkung jedoch, die dem angeblich gewaltsam wachsenden Dumping ausländischer Waren begegnen soll, ist seine Lage bedeutend schwieriger. Die neuerdings veröffentlichten Zahlen über den englischen Außenhandel im Monat Oktober werden von den Schutzöllnern Englands in skrupelloser Weise ausgenutzt, um zu beweisen, daß das Ausland die letzte Chance vor der Einfuhr englischer Güter benutze, um England mit Waren zu über- schweemen. Der Ausweis für Oktober zeigt zwar ein Anwachsen der Einfuhr, jedoch ist dies zu erheblichem Teil saisonmäßig bedingt, wie der Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres zeigt. Vom Dumping kann schon gar keine Rede sein, wenn man sich die Ursprungsländer dieser Einfuhr nach England ansieht, die meistens noch Goldwährung haben, also gegenüber den eng- lischen Produzenten im Nachteil sind. Diese Tatsachen stören die Schutzöllner jedoch keineswegs in ihrer Argumentation.

Sie verlangen sofortige Maßnahmen

und der Premierminister wird es schwer haben, sich auf die Dauer diesem Drucke zu entziehen.

An die Spitze dieser Bewegung ist neuerdings ein Mann ge- treten, dessen Talente eine weitere Erschwerung der Lage des Premierministers bedeuten. Es ist Churchill, der sich mit einer bestehenden Rede zum Sprachrohr dieser Bewegung gemacht hat. Am Donnerstag nahm die Diskussion über die Regierungserklärung im Unterhaus geradezu die Form eines Speerfeuers auf die Regierung an. Immer wieder erhoben sich konservative Redner

und bestürmten die Regierung mit Fragen, was sie gegen das Dumping gewisser ausländischer Produkte zu tun beabsichtige. Die letzten Zahlen über die Einfuhr von ausländischem Weizen, deut- schen Kartoffeln, dänischer Butter, holländischer Milch usw. wurden der Regierung entgegengehalten, und der Handelsminister und der Landwirtschaftsminister konnten immer nur mit Aus- sichten antworten, da

in der Regierung selbst noch keine Einigung

über die zu ergreifenden Maßnahmen erreicht worden konnte. Schließlich sah sich der Premierminister gezwungen, selbst das Wort zu ergreifen und das Haus zu beruhigen. Er sagte er, vor Schluß der Debatte über die Regierungserklärung, also spätes- tens nächsten Montag, eine Erklärung abgeben zu können.

Das sind vorsichtige Worte, die dennoch mit stürmischem Beifall von dem Hause begrüßt wurden. Ob Macdonald die Maßnahmen, die er ergreifen wird, am nächsten Montag bekanntgeben wird oder ob er sich nur die Volksmacht vom Hause geben lassen wird, solche Maßnahmen gegen das Dumping zu ergreifen, falls diese nötig sein sollten, ist zunächst noch zweifelhaft.

Bersammlungsstörung in Breslau.

Selbsttat der Cäseinspalter.

Breslau, 12. November. (Eigenbericht.)

Getreu dem Vorbild ihrer kommunistischen Freunde haben die Spalter von der SAP am Donnerstagabend eine öffentliche Bersammlung des Ortsvereins Breslau der Sozialdemokra- tischen Partei zu sprengen versucht.

Der Redner, Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser, wurde bereits während seines Referats, in dem er eine klare und überzeugende Analyse der gegenwärtigen politischen und wirtschaft- lichen Lage bot, von fortgesetzten dummen Zwischenrufen unter- brochen. Als dann während der Aussprache einem Sprecher der SAP, einem Mitglied des früheren Ortspartei Vorstandes, nach Ab- lauf seiner Redezeit das Wort entzogen wurde, verursachten die Anhänger der Cäseinspalter einen Tumult.

Schließlich zogen sie singend aus dem Saal. Hierbei kam es zu erheblichen Schlägereien, so daß Polizei und Reichs- banner die Störenfriede unter Anwendung von Gewalt entfernen mußten. Danach wurde die Bersammlung, an der etwa 2000 Partei- mitglieder teilnahmen, in Ruhe zu Ende geführt. Die Spalter haben also nichts weiter erreicht als die Inszenierung eines unzü- digen und traurigen Schauspiels, an dem lediglich die Gegner der Arbeiterklasse ihre Freude haben werden

Judenverfolgungen haben in den letzten Tagen polnische Stu- denten in Warschau und Wilna verübt, die die Polizei energisch wurde. Rumänien konnte da nicht zurückbleiben. In Ungarn wurde auf einem jüdischen Ball ein junger Jude erschossen, während fünf andere verhaftet wurden. Die Täter sind verhaftet

WERTHEIM

Billige

Lebensmittel

Soweit Vorrat

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch

Ochsen-Roastbeef . 0.78
Ochsen-Gulasch Pfd. 0.78
Ochsen-Filet . Pfund 1.40
Telg 0.35 Gehacktes 0.60
Kalbsbrust Rück. u. Bl. 0.58
Schweinebauch 0.68
Schweineschinken . 0.76
la Berl. Bratwurst Pfd. 0.94
Käbler . . Pfund von an 0.78
Lunge Pfd. 0.32 Euter 0.34
Rinderherz u. Backe 0.44
Bratfertig Fett Pfd. 0.68

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfd. v. an 0.35
Sprotten Kisch. Pfd. v. an 0.34
Schellfische Pfd. v. an 0.38
Seelachs Pfund von an 0.38
Rotbars u. Makrelen 0.38
Flundern Pfd. 0.36 Bd. v. 0.20

Geflügel, Wild

Oderbr. Mastgans . 0.98
Enten . . Pfund von an 0.78
Suppenhühner Pfd. v. 0.72
Kaninchen gestr. Pfd. v. 0.80
Hasen gestreif. Pfd. v. an 0.95
Rehblätter Pfd. von an 0.88

Fische

Rotbars o. K. Pfd. v. an 0.14
Kabeljau 0.16
Fischfilet Pfund von an 0.26
Dorsch 3 Pfund von an 0.20
Bratschollen 3 Pfd. v. a. 0.28
Leb. Bleie Pfd. v. an 0.35

Obst u. Gemüse

Kochbirnen . 3 Pfund 0.22
EB- u. Kochäpfel 3 Pfd. 0.28
Rote Tafeläpfel 2 Pfd. 0.25
Jägeräpfel . . . Pfund 0.15
Tafelbirnen . . . Pfund 0.22
Feigen Pak. 0.22 Pfund 0.28
Fr. Ananas Pfd. von an 0.68
Weiß- u. Wirsingkohl 0.05
Möhren gewasch. 3 Pfd. 0.10
Sellerie 3 Pfd. 0.18
Blattspinat . . . 3 Pfd. 0.28
Rosenkohl . . . 2 Pfd. 0.25
Schwarzwurz . . 2 Pfd. 0.45
Blumenkohl Kopf v. an 0.15

Wurstwaren

Hausmachersülze 0.54 0.45
Dampf- u. Fleischw. 0.84
Landleberw. Pfd. 1.15 0.88
Jagdwurst . Pfund 1.20 0.92
Feine Leberw. Pfd. 1.45 1.15
Zerelatw. Salami Pfd. 1.24
Teewurst grobe u. feine 1.32
Filletwurst . . . Pfund 1.34
Zerelatw. i. Feld. 1.48 1.35
Speck fett v. 0.88 mag. v. 1.05
Schinkenspeck Pfund 1.34
Gek. Schinken gesch. ohne Schwarte. 1/2 Pfund 0.75
Roh. Schinken gesch. ohne Schwarte. 1/2 Pfund 0.95

Käse u. Fett

Ramadou halbf. Stück 0.20
Camembert vollfett. 0.20
Harzerkäse ca. 1-Pfund 0.32
Blockkäse (Tilsiter Art) halbfett, Pfund 0.58
Tilsiterkäse vollf. Pfd. 0.68
Holländer u. Edamer vollfett, Pfund 0.68
Briekäse vollfett, Pfd. 0.72
Margarine, Kokosfett 3 Pfund 0.98
Roh-Bratenschmalz 0.55
Molkereibutter 1.14 1.34
Markenbutter aller 1.42
Dän. Butter . . Pfund 1.44

Kolonialwaren

Grüne Erbsen 0.24 pol. 0.40
Gelbe Erbsen 0.35
Bruchreis 0.12 Tafelreis 0.14
Haferflocken . . . Pfund 0.22
Aprikosen kalif. Pfd. 0.78 0.60
Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.45 1.35
Rauhefemehl 5-Pfund-Beutel 1.55
Kartoffelmehl . Pfund 0.20
Sultaninen Pfund 0.38 0.46
Korinthen . Pfund 0.44 0.50
Zitronat 1.10 Orangeat 1.00
Mandeln . . Pfund 1.94 1.50
Kakao stark anölt Pfund 1.80 0.58

Konserven

Karotten geschitten 0.38
Schn.- u. Brochbohne 0.55
Jg. Erbsen 0.58 fein 0.98
Leipziger Allerlei . . 0.78
Gemischt-Gemüse 1.25
Pflückerlinge 0.90 kleine 1.25
Bruchspargel mittelst. 1.45
Stangenspargel mittel 1.75
Apfelmus 0.55 extra 0.65
Pflaumen 0.58 o. Stein 0.72
Mirabellen Erdbeer. 1.10

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas:
1933 Edenkobener . 0.65
1930 Obermoseler 0.80
1929 Obermoseler
Rosenberg 1.50
Johannisbeerwein 0.70
Span. Rotwein . Liter 1.10
Muskateller 1.20

Boskop-Renellen
Pfund **15 Pf.**

Schellfische
Pfund von an **20 Pf.**

Ochsenschmorbrat.
ohne Knochen Pfund **88 Pf.**

Hirschfleisch Pfd. v. an
Ragout Blaff Rücken Keule
25, 48, 65, 85 Pf.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Freitag, den 15. November
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Die schalkhafte Witwe
Schauspielhaus
Freitag, den 15. November
20 Uhr
Peer Gynt
Schiller-Theater
Dienstag, den 12. November
20 Uhr
Doktor Klaus

Winter Garten
8 Uhr 15. Platz 3434. Baden str.
Großartig
unerhörtes Tempo
Spitzenleistungen
auf jedem Gebiete,
und über
Gaston Palmer
allein lacht und tobt
man 20 Minuten
Sonabend u. Sonntag je 2 Vorst. je
4 u. 8.15 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTEN-STRASSE
Das Vergnügungs Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI
Internationales Theater
(Kleines Theater) Unter den Linden 44.
Heute 8 Uhr zum 1. Male
ab morgen tägl. 8 1/2 Uhr
Gastspiel der Spielgemeinschaft Berliner Schauspielers
Scheidung
von Sigfried Neumann. — Regie: Heinz Stroux
Planetarium
Verläng. bis 12. Nov.
Tägl. 3, 5, 7, 9 Uhr
Eine Filmfahrt in
Die Alpen
Vorher Betrachtung d.
Sternbildern
Eintritt 50 Pf., 3 U. 60 Pf.
Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntags 5 und 8 1/2
Die Blume von Hawaii
Operette Abraham
Preis von 50 Pf. an
Sonntag 103 Uhr
Fledermaus
Theater in der
Strossemannstr.
Bergmann 2110
Täglich 8 1/2
Uhr, Sonn. 8 1/2
Uhr, Sonn. 8 1/2
Uhr
Theater des Westens
Täglich 8 1/2
Uhr
Das Dreimäderlhaus
mit
Maria Paudler
Gutmann, Englisch
Preis v. 50 Pf. an
Sg. 1/2, 3 u. 8 1/2 U
Frühling im Wiener Wald
Dreimäderlhaus

Am 11. November starb unerwartet nach schwerem Leiden unser Freund und Kollege, der Angestellte unserer Organisation
Ernst Franke
im Alter von 31 Jahren.
Von der frühesten Jugend bis zum letzten Atemzug war er ein Vorbild treuester Pflichterfüllung für unsere Organisation und hat stets sein Bestes für die Berliner Metallarbeiter-Bewegung gegeben. Wir werden ihm deshalb ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 17. November, 18 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg statt.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin u. deren Angestellten

Nach kurzem, sehr schwerem Leiden entschlief am 11. November 1931, abends 8 Uhr, mein lieber Mann
Ernst Franke
im 31. Lebensjahr.
In tiefer Trauer
Leni Franke.
Berlin-Reinickendorf-Ost,
Lettelallee 24.
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 17. November, 18 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg statt.

Am Mittwoch, dem 11. November, verstarb nach plötzlich eintretender Krankheit unser langjähriger Betriebsleiter, Genosse
Erich Baganz
im 37. Lebensjahr.
Wir vermissen in ihm einen der Besten. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Die Genossen der 134. Abt. Berlin-Buch.
Die Einäscherung findet am Montag, dem 16. November, 18 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg, Reichholzstraße, statt.

Am 10. November verstarb unser Kollege, der Silberarbeiter
Franz Mitzschke
geb. 6. Februar 1851.
Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 14. November, 11 1/2 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg, Reichholzstraße, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung

Am 11. November entschlief nach langem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser guter Vater und Großvater, der Kaufmann
Max Seiffert
im 56. Lebensjahr.
August Seiffert, geb. Benzin, Fritz Seiffert
Familie Eduard Simon
Schönefeld (Rz. Riederbarth) Halbitz, 28.
Einäscherung Montag, den 16. November, 17 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg, Reichholzstraße

Freie Turnerschaft Groß-Berlin e. V.
M. d. A.-T.-u. Sp.-B.
Pünktlich und unermüdet verstarb am 11. November unser Mitglied und Mitbegründer des Bezirks Buch, der Genosse
Erich Baganz
im Alter von 37 Jahren.
In ihm vermissen wir einen immer tätigen und erfolgreichen Mitarbeiter unserer Bewegung.
Sein Andenken bewahren wir in Ehren.
Die Einäscherung ist am Montag, dem 16. November, 18 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg, Reichholzstraße, statt.
Rege Beteiligung der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

NUR NOCH 3 TAGE!
GROSSES TÄGLICH
SCHAUSPIEL, 8 UHR
REGIE: **Im Weissen Rössel**
DER WELTERFOLG!
Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise.
CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lothringers Straße 37.
Volkstheater
Mecker-Fritze
Dazu das Singspiel „Erwischt“ und das neue bunte Programm! Gutschein 1-4 Personen. Parkett nur 30 Pf.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Freitag, 13. Novbr.
Tarnus IV
Anfang 20 Uhr
Premiere
(Ersaufführung)
Soldaten
Ende gegen 22.45 U.
Ausscheiden!
8 1/2 U.: **Zentral-Th.**
Alte Jakobstr. 30-32
Sonntags auch 5 1/2
Uhr nach w. Tage!
Schwarzwalddmädel
Jessel dirigiert
Goth. Park-Paul, 8.50
Sonntag 3 Uhr
Harry Gandy in
Hänsel u. Gretel
Jed. Kind erhält ein Geschenk
Rose-Theater
Grote Friedrichstraße 132
Tel. Weidau 1 7 3432
8.15 Uhr
Frühling im Wiener Wald
Dreimäderlhaus

Deutsches Theater
8 Uhr
Geschichten aus dem Wiener Wald
von Oedön Horvath
Regie: Helmut Hilpert
Die Komödie
8 1/2 Uhr
Jemand
Von Franz Mehar
Regie: Gustaf Gründgens.
Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 448/49
8 1/2 Uhr
Die Hellige aus USA.
von Ilse Langner
Reg. Ludwig Berger.
Musik Ernst Toch
Thalia: Agnes Straub
Theater am Nollendorferplatz
Letzte Woche!
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in: **Der beschleunigte Personenzug**

Am 10. November verstarb unser Kollege, der Silberarbeiter
Franz Mitzschke
geb. 6. Februar 1851.
Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 14. November, 11 1/2 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg, Reichholzstraße, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung

Freie Turnerschaft Groß-Berlin e. V.
M. d. A.-T.-u. Sp.-B.
Pünktlich und unermüdet verstarb am 11. November unser Mitglied und Mitbegründer des Bezirks Buch, der Genosse
Erich Baganz
im Alter von 37 Jahren.
In ihm vermissen wir einen immer tätigen und erfolgreichen Mitarbeiter unserer Bewegung.
Sein Andenken bewahren wir in Ehren.
Die Einäscherung ist am Montag, dem 16. November, 18 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg, Reichholzstraße, statt.
Rege Beteiligung der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Die neue Burleske
„Der arme Kasimir“
Nachmittags tolle Preise, volles Programm!

Theater des Westens
Täglich 8 1/2
Uhr
Das Dreimäderlhaus
mit
Maria Paudler
Gutmann, Englisch
Preis v. 50 Pf. an
Sg. 1/2, 3 u. 8 1/2 U
Frühling im Wiener Wald
Dreimäderlhaus

Kopf in der Schlinge
Regie: A. Licho
Theater im Admiralsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Dabarry
mit
Gitta Alpar
Preise v. 0,50 M. an

Mein Hut der ist ein Wilke
ein
Wilke
ist
mein Hut
und ist er nicht ein Wilke
dann ist er nicht mein Hut
Wilke Hüte
führen
alle leistungsfähigen
Hut-Spezialgeschäfte

UFA-FILM
Täglich 4, 5.30 und 8.15 Uhr
Sonntags 2, 5.30 und 8.15 Uhr
Das **Varieté, Kabarett- und Tonfilm-Programm**
Maria Ney - Lilli Flohr
Lichtburg-Orchester u. weitere Attraktionen
INGAGI
Der gewaltige Sensationstim
Preise der Plätze ab 50 Pf.
Vorverk. 7 Tage im Voraus, tägl. ab 12 Uhr Tel. Humb. 1616

Wählen Sie!
den kürzesten Weg
Vom Hersteller direkt zum Verbraucher
Wir verkaufen:
Herren-Stoffhosen von 1.90 an
Herren-Manchesterhosen „ 3.75 „
Herren-Anzüge 18.50 „
Herren-Anzüge blau Twill (raues Kammgarn) „ 25.00 „
Herren-Ulster 19.50 „
Herren-Ulster-Paletot „ 28.00 „
Berliner Herrenkleider-Fabrik
Neue Friedrichstraße 70 (1 Treppe)
Zwischen Kaiser-Wilhelm-Straße und Klosterstraße
Straßenbahn 27, 28, 47, 48, 54, 88, 99, 126, 148, 198
Haltestelle Rosenstraße, Stadtbahnhof Borsse

Lillian Harvey
Willy Fritsch / Conrad Veidt
DER KONGRESS TANZT
mit Lili Dagover
G. Wallburg, A. Sandrock, P. Hörbiger
Verfacht von N. Falk und R. Lehmann
Musik: Werner R. Heymann
Regie: Erik Charell
Ufa-Palast am Zoo
Tägl. 7 1/2, 9 1/2, 11 1/2, 13 1/2, 15 1/2, 17 1/2, 19 1/2, 21 1/2, 23 1/2, 25 1/2, 27 1/2, 29 1/2, 31 1/2, 33 1/2, 35 1/2, 37 1/2, 39 1/2, 41 1/2, 43 1/2, 45 1/2, 47 1/2, 49 1/2, 51 1/2, 53 1/2, 55 1/2, 57 1/2, 59 1/2, 61 1/2, 63 1/2, 65 1/2, 67 1/2, 69 1/2, 71 1/2, 73 1/2, 75 1/2, 77 1/2, 79 1/2, 81 1/2, 83 1/2, 85 1/2, 87 1/2, 89 1/2, 91 1/2, 93 1/2, 95 1/2, 97 1/2, 99 1/2, 101 1/2, 103 1/2, 105 1/2, 107 1/2, 109 1/2, 111 1/2, 113 1/2, 115 1/2, 117 1/2, 119 1/2, 121 1/2, 123 1/2, 125 1/2, 127 1/2, 129 1/2, 131 1/2, 133 1/2, 135 1/2, 137 1/2, 139 1/2, 141 1/2, 143 1/2, 145 1/2, 147 1/2, 149 1/2, 151 1/2, 153 1/2, 155 1/2, 157 1/2, 159 1/2, 161 1/2, 163 1/2, 165 1/2, 167 1/2, 169 1/2, 171 1/2, 173 1/2, 175 1/2, 177 1/2, 179 1/2, 181 1/2, 183 1/2, 185 1/2, 187 1/2, 189 1/2, 191 1/2, 193 1/2, 195 1/2, 197 1/2, 199 1/2, 201 1/2, 203 1/2, 205 1/2, 207 1/2, 209 1/2, 211 1/2, 213 1/2, 215 1/2, 217 1/2, 219 1/2, 221 1/2, 223 1/2, 225 1/2, 227 1/2, 229 1/2, 231 1/2, 233 1/2, 235 1/2, 237 1/2, 239 1/2, 241 1/2, 243 1/2, 245 1/2, 247 1/2, 249 1/2, 251 1/2, 253 1/2, 255 1/2, 257 1/2, 259 1/2, 261 1/2, 263 1/2, 265 1/2, 267 1/2, 269 1/2, 271 1/2, 273 1/2, 275 1/2, 277 1/2, 279 1/2, 281 1/2, 283 1/2, 285 1/2, 287 1/2, 289 1/2, 291 1/2, 293 1/2, 295 1/2, 297 1/2, 299 1/2, 301 1/2, 303 1/2, 305 1/2, 307 1/2, 309 1/2, 311 1/2, 313 1/2, 315 1/2, 317 1/2, 319 1/2, 321 1/2, 323 1/2, 325 1/2, 327 1/2, 329 1/2, 331 1/2, 333 1/2, 335 1/2, 337 1/2, 339 1/2, 341 1/2, 343 1/2, 345 1/2, 347 1/2, 349 1/2, 351 1/2, 353 1/2, 355 1/2, 357 1/2, 359 1/2, 361 1/2, 363 1/2, 365 1/2, 367 1/2, 369 1/2, 371 1/2, 373 1/2, 375 1/2, 377 1/2, 379 1/2, 381 1/2, 383 1/2, 385 1/2, 387 1/2, 389 1/2, 391 1/2, 393 1/2, 395 1/2, 397 1/2, 399 1/2, 401 1/2, 403 1/2, 405 1/2, 407 1/2, 409 1/2, 411 1/2, 413 1/2, 415 1/2, 417 1/2, 419 1/2, 421 1/2, 423 1/2, 425 1/2, 427 1/2, 429 1/2, 431 1/2, 433 1/2, 435 1/2, 437 1/2, 439 1/2, 441 1/2, 443 1/2, 445 1/2, 447 1/2, 449 1/2, 451 1/2, 453 1/2, 455 1/2, 457 1/2, 459 1/2, 461 1/2, 463 1/2, 465 1/2, 467 1/2, 469 1/2, 471 1/2, 473 1/2, 475 1/2, 477 1/2, 479 1/2, 481 1/2, 483 1/2, 485 1/2, 487 1/2, 489 1/2, 491 1/2, 493 1/2, 495 1/2, 497 1/2, 499 1/2, 501 1/2, 503 1/2, 505 1/2, 507 1/2, 509 1/2, 511 1/2, 513 1/2, 515 1/2, 517 1/2, 519 1/2, 521 1/2, 523 1/2, 525 1/2, 527 1/2, 529 1/2, 531 1/2, 533 1/2, 535 1/2, 537 1/2, 539 1/2, 541 1/2, 543 1/2, 545 1/2, 547 1/2, 549 1/2, 551 1/2, 553 1/2, 555 1/2, 557 1/2, 559 1/2, 561 1/2, 563 1/2, 565 1/2, 567 1/2, 569 1/2, 571 1/2, 573 1/2, 575 1/2, 577 1/2, 579 1/2, 581 1/2, 583 1/2, 585 1/2, 587 1/2, 589 1/2, 591 1/2, 593 1/2, 595 1/2, 597 1/2, 599 1/2, 601 1/2, 603 1/2, 605 1/2, 607 1/2, 609 1/2, 611 1/2, 613 1/2, 615 1/2, 617 1/2, 619 1/2, 621 1/2, 623 1/2, 625 1/2, 627 1/2, 629 1/2, 631 1/2, 633 1/2, 635 1/2, 637 1/2, 639 1/2, 641 1/2, 643 1/2, 645 1/2, 647 1/2, 649 1/2, 651 1/2, 653 1/2, 655 1/2, 657 1/2, 659 1/2, 661 1/2, 663 1/2, 665 1/2, 667 1/2, 669 1/2, 671 1/2, 673 1/2, 675 1/2, 677 1/2, 679 1/2, 681 1/2, 683 1/2, 685 1/2, 687 1/2, 689 1/2, 691 1/2, 693 1/2, 695 1/2, 697 1/2, 699 1/2, 701 1/2, 703 1/2, 705 1/2, 707 1/2, 709 1/2, 711 1/2, 713 1/2, 715 1/2, 717 1/2, 719 1/2, 721 1/2, 723 1/2, 725 1/2, 727 1/2, 729 1/2, 731 1/2, 733 1/2, 735 1/2, 737 1/2, 739 1/2, 741 1/2, 743 1/2, 745 1/2, 747 1/2, 749 1/2, 751 1/2, 753 1/2, 755 1/2, 757 1/2, 759 1/2, 761 1/2, 763 1/2, 765 1/2, 767 1/2, 769 1/2, 771 1/2, 773 1/2, 775 1/2, 777 1/2, 779 1/2, 781 1/2, 783 1/2, 785 1/2, 787 1/2, 789 1/2, 791 1/2, 793 1/2, 795 1/2, 797 1/2, 799 1/2, 801 1/2, 803 1/2, 805 1/2, 807 1/2, 809 1/2, 811 1/2, 813 1/2, 815 1/2, 817 1/2, 819 1/2, 821 1/2, 823 1/2, 825 1/2, 827 1/2, 829 1/2, 831 1/2, 833 1/2, 835 1/2, 837 1/2, 839 1/2, 841 1/2, 843 1/2, 845 1/2, 847 1/2, 849 1/2, 851 1/2, 853 1/2, 855 1/2, 857 1/2, 859 1/2, 861 1/2, 863 1/2, 865 1/2, 867 1/2, 869 1/2, 871 1/2, 873 1/2, 875 1/2, 877 1/2, 879 1/2, 881 1/2, 883 1/2, 885 1/2, 887 1/2, 889 1/2, 891 1/2, 893 1/2, 895 1/2, 897 1/2, 899 1/2, 901 1/2, 903 1/2, 905 1/2, 907 1/2, 909 1/2, 911 1/2, 913 1/2, 915 1/2, 917 1/2, 919 1/2, 921 1/2, 923 1/2, 925 1/2, 927 1/2, 929 1/2, 931 1/2, 933 1/2, 935 1/2, 937 1/2, 939 1/2, 941 1/2, 943 1/2, 945 1/2, 947 1/2, 949 1/2, 951 1/2, 953 1/2, 955 1/2, 957 1/2, 959 1/2, 961 1/2, 963 1/2, 965 1/2, 967 1/2, 969 1/2, 971 1/2, 973 1/2, 975 1/2, 977 1/2, 979 1/2, 981 1/2, 983 1/2, 985 1/2, 987 1/2, 989 1/2, 991 1/2, 993 1/2, 995 1/2, 997 1/2, 999 1/2, 1001 1/2, 1003 1/2, 1005 1/2, 1007 1/2, 1009 1/2, 1011 1/2, 1013 1/2, 1015 1/2, 1017 1/2, 1019 1/2, 1021 1/2, 1023 1/2, 1025 1/2, 1027 1/2, 1029 1/2, 1031 1/2, 1033 1/2, 1035 1/2, 1037 1/2, 1039 1/2, 1041 1/2, 1043 1/2, 1045 1/2, 1047 1/2, 1049 1/2, 1051 1/2, 1053 1/2, 1055 1/2, 1057 1/2, 1059 1/2, 1061 1/2, 1063 1/2, 1065 1/2, 1067 1/2, 1069 1/2, 1071 1/2, 1073 1/2, 1075 1/2, 1077 1/2, 1079 1/2, 1081 1/2, 1083 1/2, 1085 1/2, 1087 1/2, 1089 1/2, 1091 1/2, 1093 1/2, 1095 1/2, 1097 1/2, 1099 1/2, 1101 1/2, 1103 1/2, 1105 1/2, 1107 1/2, 1109 1/2, 1111 1/2, 1113 1/2, 1115 1/2, 1117 1/2, 1119 1/2, 1121 1/2, 1123 1/2, 1125 1/2, 1127 1/2, 1129 1/2, 1131 1/2, 1133 1/2, 1135 1/2, 1137 1/2, 1139 1/2, 1141 1/2, 1143 1/2, 1145 1/2, 1147 1/2, 1149 1/2, 1151 1/2, 1153 1/2, 1155 1/2, 1157 1/2, 1159 1/2, 1161 1/2, 1163 1/

16 Milliarden Dollar.

Amerikas ausländische Kapitalforderungen nach Beteiligungen und Anleihen.

In der englischen Fachzeitschrift „The Statist“ werden die sehr interessanten Ergebnisse einer neuen Schätzung der Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten im Ausland mitgeteilt. Die Untersuchung wurde in einer Unterabteilung des amerikanischen Handelsministeriums ausgeführt. Es wurden alle verfügbaren Statistiken und Konsulatsberichte herangezogen; außerdem veranstaltete man Umfragen bei Industrie- und Finanzgesellschaften, bei Banken, Bantken und Bankiers. So beruht diese „Schätzung“ auf einem denkbar umfassenden Material; sie ist nach dem Urteil des „Statist“ die wissenschaftlich beste Untersuchung dieser Art.

Es handelt sich bei dieser Arbeit nur um die langfristigen privaten Kapitalanlagen Amerikas im Ausland; es wurden also die Forderungen des amerikanischen Staates an die europäischen Regierungen (Kriegsanleihen) und die kurzfristig ausgeliehenen Kapitalien nicht berücksichtigt. Für Ende 1930 wird der Betrag der amerikanischen Kapitalanlagen mit 14,9 bis 15,4 Milliarden Dollar, das sind 62,6 bis 64,7 Milliarden Mark, ermittelt.

(Die Kapitalanlagen sind in Wahrheit noch höher, da die Bearbeiter unsichere Forderungen, wie z. B. chinesische Anleihen, nicht in Rechnung stellen. — D. A.)

Fast die Hälfte dieser rund 65 Milliarden Mark ist in den letzten neun Jahren ins Ausland gelegt worden.

Am 1. Januar 1922 betrug die Kapitalanlagen Amerikas im Ausland erst 7,2 Milliarden Dollar oder 30,2 Milliarden Mark. Der jährliche Zuwachs wird auf 794 Millionen Dollar oder 3,3 Milliarden Mark beziffert.

Die Unterscheidung macht stets die Unterscheidung zwischen „direkter“ Kapitalanlage und der in Wertpapieren. Bei direkter Kapitalanlage haben Amerikaner ausländische Unternehmen, Bergwerke, Grundstücke usw. gekauft; auch der Erwerb von Aktien und Obligationen ausländischer Unternehmen durch amerikanische Produktionsgesellschaften gilt als direkte Kapitalanlage. Dagegen werden alle Anleihen, die an amerikanischen Börsen aufgelegt und von der breiten Masse gekauft wurden, alle Wertpapierkäufe von Versicherungsgesellschaften und Finanzgesellschaften (Investment Trusts) als Kapitalbeteiligung in Wertpapieren bezeichnet.

Diese Trennung der direkten Kapitalbeteiligung von der in Wertpapieren ist wichtig. Denn durch die direkte Beteiligung bindet sich das amerikanische Kapital viel stärker an die fremden Unternehmen, als wenn es nur Anleihepapiere kauft. Diese Bindung bedeutet andererseits auch eine viel stärkere Beherrschung des Unternehmens. Wird nun festgestellt, daß amerikanisches Kapital an vielen oder den meisten Unternehmen eines Landes „direkt“ beteiligt ist, so läßt sich daran die direkte Abhängigkeit der Wirtschaft dieses Landes vom amerikanischen Kapital messen. So bieten

also diese Zahlen einen Maßstab für die direkte Macht des amerikanischen Kapitals über die Wirtschaft anderer Länder.

Die langfristigen privaten Kapitalanlagen Amerikas in fremden Ländern werden für Ende 1930 im einzelnen wie folgt angegeben:

	(in Millionen Dollar; ein Dollar = 4,20 M.)	Direkte Beteiligung an Unternehmungen	Anleihen und Wertpapiere	Zusammen
Deutschland	294,0	1177,0	1471,0	
Großbritannien	497,3	143,6	640,9	
Frankreich	161,8	309,5	471,3	
Italien	121,2	279,9	401,1	

Unter den europäischen Ländern steht Deutschland weitaus an der Spitze. Die Kapitalanlagen in Wertpapieren sind viermal so groß wie die direkten Anlagen. In den Jahren 1925 bis 1929 ist über eine Milliarde Dollar langfristiges Kapital von Amerika nach Deutschland geflossen. Niemals zuvor ist in so kurzer Zeit eine so gemaltige Summe Kapital von einem Lande in ein anderes gebracht worden. In Großbritannien ist das amerikanische Kapital zu drei Vierteln „direkt“ angelegt worden; die Beziehung des amerikanischen Kapitals zur englischen Produktion ist also viel enger als zur deutschen.

Die Ziffern für einige überseeische Länder zeigen folgendes Bild:

	(in Millionen Dollar; ein Dollar = 4,20 M.)	Direkt	In Wertpapieren	Zusammen
Kanada	2048,8	1892,9	3941,7	
Mexiko	694,8	—	694,8	
Kuba	935,7	130,8	1066,5	
Argentinien	358,5	449,3	807,8	
Chile	440,8	260,0	700,9	

Wie eng heute schon die kanadische Wirtschaft mit der der Vereinigten Staaten verbunden ist, zeigt sich darin, daß Kanada das Land mit den höchsten amerikanischen Kapitalanlagen ist. An alle europäischen Länder zusammen ist mit 4,9 Milliarden Dollar nur eine Milliarde Dollar mehr als an Kanada geflossen. Mexiko hat amerikanisches Kapital nur in „direkten“ Anlagen erhalten; das beste Zeichen dafür, in wie hohem Maße die mexikanische Wirtschaft vom amerikanischen Kapital kontrolliert wird. Ähnlich verhält es sich mit Kuba. Wenn bei Argentinien die „direkten“ Kapitalanlagen (in Versorgungsbetrieben, Elektrizitätswerken) geringer sind als die Anlagen in Wertpapieren, so erklärt sich das aus dem hohen Anteil der argentinischen Staats- und Stadtanleihen. Daß Chile derjenige der südamerikanischen Staaten ist, der am stärksten vom amerikanischen Kapital beherrscht wird, war schon bekannt und wird durch die oben gegebenen Zahlen erläutert.

Warenhäuser in der Abwehr.

Die Vorstöße gegen den organisierten Massenabkauf.

Gestern fand in Berlin die Generalversammlung des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser statt, deren Kernpunkt ein Referat des geschäftsführenden Präsidiumsmitgliedes Georg Bernhard bildete.

Bernhard setzte sich nachdrücklich mit den ständigen Angriffen gegen die Warenhäuser und die übrigen Großbetriebe des Einzelhandels auseinander. Der Redner erklärte zunächst unter dem Titel „Hinweis auf die Konsumvereine“, daß sich neben dem privaten Handel auch andere Systeme der Warenverteilung gestellt hätten. Es sei grundsätzlich, diese Systeme zu bekämpfen, denn ihre Existenz sei nur ein Beweis, daß in der heutigen Wirtschaftsverfassung mehrere Verteilungssysteme nebeneinander existieren können, die sich gegenseitig befruchten.

Gegenüber den agitatorischen Angriffen, daß „der Kolod-Warenhaus“ die Masse der Kleinbetriebe aufreize, wies Bernhard nach, daß bei einem Gesamtumsatz des Einzelhandels von 35 Milliarden Mark im Jahre 1928 28,2 Milliarden, also 81 Prozent auf den selbständigen Einzelhandel entfielen, auf die Warenhäuser dagegen nur 1,5 Milliarden = 4,5 Prozent und auf die Kettenläden 1,2 Milliarden oder 3,5 Prozent. Auch die Vermutungen von gegnerischer Seite, daß die Warenhäuser überwiegend ausländische Waren bevorzugten, entkräftete der Redner. Durch eine Umfrage sei festgestellt worden, daß im ganzen nur 2 1/2 Prozent des gesamten Einkaufswertes bei Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften auf Auslandswaren entfallen.

Bernhard polemisierte darauf scharf gegen die Vorstöße des württembergischen Wirtschaftsministers Dr. Mater, der eine künftige Konzessionierung für Warenhäuser und andere Großbetriebe beschloß. Bernhard betonte, daß diese Konzessionsvor schläge für die bereits bestehenden Betriebe ein Sonderprivileg darstellten, das als ein glattes Monopol anzusprechen sei. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, der gegen jedes Monopol in der Produktion sei, wende sich nachdrücklich gegen derartige Monopolbestrebungen in der Güterverteilung. Durch derartige Maßnahmen wird die Lebenshaltung des deutschen Volkes bestimmt nicht verbilligt. Diese Verbilligung ist und bleibt aber die dringendste wirtschaftspolitische Aufgabe der Gegenwart.

Als zweiter Redner sprach Georg Lieb über Warenhaustypen verschiedener Länder. Die durchdachte wissenschaftliche Organisation habe das Warenhaus in der modernen Wirtschaft mehr und mehr zu einem Anreger der Produktion gemacht. Es sei bemerkenswert, daß in jedem Lande Kräfte am Werke seien, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Warenhäuser unterbinden wollen. Die gemeinsamen Interessen der Warenhäuser bieten die Möglichkeit, den Austausch der Erfahrungen im Rahmen eines internationalen Warenhausverbandes noch enger auszubauen.

Zunehmendes Vertrauen.

Nach Mitteilungen aus Genossenschaftskreisen ist der durch die Bestimmung der Rotverordnung vom 8. August 1931 festgelegte Dreimonatstermin für die Auszahlung gekündigter Gelder über 1000 Mark ruhig verlaufen. Eine Umfrage bei Genossenschaftsbanken ergab, daß überhaupt bis jetzt der Monat November im Unterschied zu den Vormonaten verhältnismäßig normal verlaufen ist. Es stellt sich heraus, daß die

Rückzahlungen gekündigter Einlagen nur zu einem geringen Bruchteil tatsächlich erfolgen. Zum großen Teil findet eine Abhebung der Gelder überhaupt nicht statt.

Masseneinfuhr in England.

Angstläufe vor der Zollerhöhung.

Die täglichen Diskussionen über eine dicke bevorstehende scharfe Zollerhöhung in England haben im Oktober zu beträchtlichen Deckungsläufen und Masseneinfuhren unter den bisherigen Zollbedingungen geführt. Der jetzt veröffentlichte Abschluß der Oktoberhandelsbilanz in England läßt aber zugleich die ersten Wirkungen der Pfundabwertung im britischen Export erkennen.

So hat sich der Gesamtumsatz des englischen Außenhandels auf der Einfuhr wie der Exportseite erheblich gesteigert. Bei der Ausfuhr, die von 582 auf 656 Millionen Mark zugenommen hat, beträgt die Steigerung gegenüber dem September allerdings nur 11 Proz., während die Einfuhr bei einer Zunahme von 1,36 auf 1,61 Milliarden Mark um 18 Proz. gegenüber dem Vormonat in die Höhe geschossen ist. Daß bei dieser Einfuhrsteigerung Angstläufe vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle ausschlaggebend waren, geht daraus hervor, daß die Rohstoffeinfuhr für die in dem Verarbeiteland Großbritannien keine Zollerhöhungen in Frage kommen, nur unwesentlich von 224 auf 238 Millionen Mark angewachsen ist. Dagegen ist die Fertigwareneinfuhr von 452 auf 544 Millionen, und die Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr von 672 auf 816 Millionen gestiegen. Der niedrig gebliebene Stand der Rohstoffimporte zeigt, daß von einer fühlbaren Belebung in der verarbeitenden Industrie Englands bisher noch nicht die Rede sein kann.

Die Passivität der Handelsbilanz, also der Einfuhrüberschuss, ist im Oktober von 694 auf 830 Millionen Mark gestiegen. Hieraus läßt sich auch die erneute Pfundschwäche bereiten. Die ungünstige Entwicklung der Handelsbilanz wird für die englischen Schutzöllner natürlich Wasser auf die Mühlen sein.

Preisrückschlag auf den Rohstoffmärkten.

Das Konjunkturinstitut zur Lage.

Auf die sprunghaften Preissteigerungen an den amerikanischen Getreidemärkten ist jetzt ein scharfer Rückschlag erfolgt. So nahm die Spekulation an den letzten beiden Tagen umfangreiche Gewinndeckungen vor, während bei starkem Angebot die Käufe auf ein Mindestmaß zurückgingen. Auch auf den Londoner Warenmärkten waren vielfache Preiseinbrüche zu verzeichnen, die im wesentlichen von der Unruhe über die Verschärfung der internationalen Finanzlage diktiert waren. Auch der Kupfermarkt, der sich in den letzten Wochen kräftig erholt hatte, blieb von den Rückschlägen nicht verschont. Die Baize-Börse erhielt durch Gerüchte über ein Aufsteigen der amerikanischen Kupferkonferenz starke Unterstützung. Auch die übrigen Rohstoffmärkte waren überwiegend schwach.

Zu der Entmutigung auf den Rohstoffmärkten stellt das Konjunkturinstitut fest, daß die Marktlage noch zu unübersichtlich ist, als daß die verschiedenen Preissteigerungen auf eine hauffelle schließen lassen könnten. Jedenfalls scheinen verhältnis-

mäßig geringe Schwankungen in der Nachfrage und dem Angebot die Preise bereits hochgetrieben zu haben. Eine nachhaltige Entlastung der Märkte ist aber noch kaum zu sehen, wohl aber ist die Hoffnung berechtigt, daß der Höhepunkt des Ueberangebots allmählich überwunden werden kann. Ob die Anregungen, die von diesen Marktbewegungen ausgehen, stark genug sind, einen neuen Aufschwung herbeizuführen, muß zurzeit noch bezweifelt werden.

Verantwortung bei Schultheiß.

Hat auch Walter Sobernheim von den Garantieverträgen Kenntnis gehabt?

Die bisherige Diskussion des Schultheiß-Skandals ließ es so erscheinen, als ob die engere Verwaltung des Schultheiß-Brauerei-Konzerns von Kagenellenbogen und den Banken in Unkenntnis gelassen worden wäre über alle Verträge, die zu den schweren Verlusten geführt haben. Die engere Schultheiß-Verwaltung hat durch ihr eigenes Verhalten diesen Eindruck gefördert. Demgegenüber sind Mitteilungen wichtig, die gestern abend das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht hat.

Hier wird behauptet, nur wird der Name nicht genannt, daß Generaldirektor Walter Sobernheim vor der Fusion zwischen Schultheiß und den Ostmerken über die Geschäfte zwischen Kagenellenbogen und den Banken informiert gewesen sei und daß Herr Sobernheim die Geschäfte nicht verheimlicht worden seien. Bereits im August 1930 soll er Kenntnis von den Geschäften gehabt haben, zu jener Zeit nämlich, als die Verträge zwischen Kagenellenbogen und der Danat geändert worden sind. Die Besprechungen über diese Änderungen hätten nämlich in der Villa des damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Ostmerke, in Schwannenberg, stattgefunden, womit augenscheinlich Herr Sobernheim gemeint ist, der ja zugleich Generaldirektor bei Schultheiß war. Daraus folgert das „Berliner Tageblatt“, daß Herr Sobernheim seinen übrigen Aufsichtsratsmitgliedern in den Ostmerken hätte Kenntnis geben können und müssen. Ebenso wird der Schluß gezogen, daß das Verhalten der Banken bei der Veröffentlichung des Prospektes und auch bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtsratspflicht deshalb einschuldbar scheint, nachdem sie ja annehmen konnten, daß der Generaldirektor von Schultheiß durch seine Kenntnis der Dinge mit den Kagenellenbogen-Geschäften einverstanden sei.

Wir zitieren diese Feststellungen des „Berliner Tageblattes“, ohne sie uns zu eigen machen zu können, da über diese Dinge nur Herr Sobernheim selbst Auskunft geben kann. Die Vermutungen des „Berliner Tageblattes“ sind aber so eindeutig hinsichtlich der Person und schwerwiegend in der Sache, sie widersprechen auch so sehr der von der Schultheiß-Verwaltung bisher eingenommenen Haltung, daß eine Stellungnahme des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Ostmerke und gleichzeitigen Generaldirektors der Schultheiß-Brauereien unbedingt notwendig sein wird. Wir sind freilich der Meinung, daß der Skandal um nichts kleiner wird, wenn der Kreis der Verantwortlichen sich noch erweitert.

Die Versicherungssubventionen.

Befreiung des Steinkohlenbergbaues von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung.

Im „Reichsanzeiger“ werden die Verordnungen über die Befreiung des Steinkohlenbergbaues von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung veröffentlicht. Danach werden auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung über die Belegung von Schlichtungsstellen öffentlichen Interesses vom 30. September 1931 die Untertagearbeiter und ihre Arbeitgeber im niederschlesischen Steinkohlenbergbau mit Wirkung vom 8. Oktober bis zum 30. November 1931 und im niederschlesischen Steinkohlenbergbau für den Monat November 1931, ferner die unter Tage beschäftigten Angestellten und ihre Arbeitgeber im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931, im sächsischen Steinkohlenbergbau für Oktober und November 1931 und im niederschlesischen Steinkohlenbergbau für November von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befreit.

Thyffens Amerikalegenden.

36 statt 32 Prozent.

In unserem Aufsatz „Thyffens Amerikalegenden“ vom 30. Oktober d. J., der Thyffens Vortrag vor der amerikanischen Columbia-Universität als im wesentlichen unwahrhaftig und schädlich für Deutschland enthielt, befindet sich eine unrichtige Ziffer. Der Lohn- und Gehaltsanteil bei den Vereinigten Stahlwerken beträgt im Durchschnitt der Jahre 1929/30 und 1930/31 im Verhältnis zum Umsatz an Fremde nicht 32 Prozent, wie es in dem Artikel hieß, sondern rund 36, genau 35,9 Prozent, gegenüber einem Lohn- und Gehaltsanteil von 46 Prozent bei der United States Steel Corporation. Auf diesen Fehler werden wir von einer amtlichen Stelle aufmerksam gemacht, die unsere übrigen nachprüfbar Angaben für richtig beland. Herr Thyffens und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die den Vortrag im Wortlaut brachte, haben sich bis heute nicht geäußert.

Zusammenarbeit Daimler-BMW.

Der Aufsichtsrat der Daimler-Benz A. G., Stuttgart, hielt eine Sitzung ab, in der man sich mit der augenblicklichen Lage des Unternehmens und mit dem Verhältnis zu den Bayerischen Motoren-Werken (BMW) beschäftigte. In dem offiziellen Bericht wird bestätigt, was nach vor wenigen Tagen bestritten wurde, nämlich, daß eine weitere Verfindigung erfolgt sei. Beide Firmen werden nicht nur wie bisher beim Verkauf zusammenarbeiten; sie haben sich auch über das Produktionsprogramm geeinigt. Das war notwendig, weil Daimler-Benz vor kurzem einen kleinen Mercedes-Wagen herausgebracht hat, der wohl dem BMW-Wagen Konkurrenz machen dürfte. Das Karosseriewerk von Daimler-Benz in Sindelfingen wird in Zukunft die Karosserien für BMW liefern.

Weiter wird bekanntgegeben, daß der Umsatz von Daimler-Benz im laufenden Jahre etwa 70 Prozent des Vorjahresumsatzes ausmache. Das Geschäft mit Diesel-Lokomotiven und mit dem kleinen neuen Mercedes sei gut. Der Wert der Exporte sei von 39 auf 33 Millionen Mark zurückgegangen.

Altrömische Alltagsleben

Vier Jahre Ausgrabungen in Herculaneum

Die Stasiensenden, die die Schenswürdigkeiten des alten, aus dem Lavaschutt wieder auferstandenen Pompeji bewundern, müssen einen gewaltigen und neuen Eindruck erhalten, wenn sie jetzt die Ausgrabungen betrachten, durch die die Schwesterstadt Herculaneum zu neuem Leben erweckt wird. Die großartige Arbeit, die hier in den letzten vier Jahren geleistet wurde, ist bisher nur verhältnismäßig wenig bekannt geworden; sie wird in ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt durch einen zusammenfassenden Aufsatz des Leiters der Grabungen, Professor Majuri, in der „Times“.

Das Gebiet, das während dieser Zeit freigelegt worden ist, umfaßt etwa 4500 Quadratmeter und es mußten dafür mehr als 100000 Kubikmeter fortgeschafft werden. Diese Aufgabe war nur zu lösen durch die Verwendung mechanischer Bohrer und anderer moderner Werkzeuge, weil der feste Kalkstein und Schlamm, unter dem Herculaneum begraben liegt, sehr viel schwieriger zu entfernen ist als der leichtere Stoff, der Pompeji bedeckt. Wenn man dort in einem Jahr vier bis fünf Häuser ausgraben kann, so ist das in Herculaneum bei der Anwendung derselben Kraft nur bei zwei Häusern möglich. Majuri bezeichnet daher mit Recht diese Grabungsarbeiten als das „kühnste und heldenhafteste Unternehmen, das jemals auf dem Gebiete der praktischen Archäologie geplant wurde“, und er kann mit Stolz betonen, daß die Erfolge bis zum ihm gehegten Erwartungen durchaus erfüllt haben. „Die Ausgrabungen werden fortgesetzt“, schreibt er, „mit derselben Hartnäckigkeit und Folgerichtigkeit, mit der die archäologischen Arbeiten in Pompeji während der letzten zwei Jahrhunderte durchgeführt wurden. Nur auf diese Weise können die Geheimnisse einer antiken Stadt ganz enthüllt werden. Jedes Haus, jeder Gebäudekomplex, jede Straße ist ein einheitliches Denkmal, ein kostbares und notwendiges Element zum Verständnis des größten und schwierigsten Problems, das das Altertum uns aufgegeben hat, nämlich der Erforschung des alltäglichen Lebens in den Städten dieser frühen Kultur. Nur in der Campagna und nur in diesem Teil, der von dem Ausbruch des Vesuvius begraben wurde, ist es möglich, dieses vollständige Studium vorzunehmen. Kein anderer Teil der Alten Welt bietet Gelegenheit, alle Einzelheiten des Stadtlebens zu ergreifen, so wohl des öffentlichen wie des privaten, vom einfachen Ofen des Bäckers bis zum Glanz der Tempel, Dinge, die uns so wundervoll erhalten sind in den beiden Städten Herculaneum und Pompeji, die durch das gemeinsame tragische Schicksal vor fast 2000 Jahren in einem einzigen Grabe vereinigt wurden.“

Die vier Jahre eifriger und unermüdbarer Arbeit haben auf der Spitze des alten Herculaneum ein Gelände freigelegt, das etwa doppelt so groß ist wie dasjenige, das während der langen Grabungen zwischen den Jahren 1825 bis 1875 ans Licht gehoben wurde. Die letzten Entdeckungen zeigen, daß wir dadurch ganz neue Er-

gebnisse erhalten. In dem südlichsten Teil der Stadt sind zwei „Inseln“ freigelegt, und während der letzten Monate ist das gleiche bei zwei anderen „Inseln“ geschehen, die sich der Linie des „Decumanus Major“ nähern, der Hauptstraße der alten Stadt. Ein Teil der Bäder, die für Frauen bestimmt waren, ist bereits ausgegraben, und jetzt wird an den Badeanlagen für Männer gearbeitet. „Das äußere Aussehen der Stadt hängt an, seinen wahren Charakter zu enthüllen“, schreibt der Gelehrte. „Herculaneum mit seinen edlen und großen Bauten, die über die Bucht von Neapel blicken, mit seinen bescheidenen Wohnungen des kleinen Mittelstandes, seinen ruhigen Straßen, seinen wenigen Läden und Gasthäusern erscheint als eine ruhigere Stadt als das benachbarte Pompeji, das als Handelszentrum ein viel lebendigeres Straßenleben gehabt haben muß. Wegen seines gesunden Klimas und seiner schönen Lage an den Abhängen des Vesuvius muß es eine vornehmere Vorstadt gewesen sein. Jeder Besucher wird einen unvergeßlichen Eindruck von dem Haus empfangen, das kürzlich in Pompeji ausgegraben wurde und in dem alle Gegenstände der Wohnungseinrichtung wiederhergestellt werden konnten, aber noch viel größer ist das menschliche Interesse, das wir von dem Leben in den Häusern von Herculaneum erhalten. Hier wurde infolge der verschiedenen Art des Bodens, in dem die Bauten begraben wurden, in gutem Erhaltungszustande das wichtigste Element bei der Anlage und Einrichtung der altrömischen Wohnungen gefunden, nämlich das Holz. Balken von den Dächern und Giebeln der oberen Stockwerke, Türpfosten, Wandbretter, Betten, Treppen und andere Holzteile wurden in ihrer ursprünglichen Lage angetroffen, in der Erhaltung, die für das in der Erde des Vesuviusgebiete-entdeckte Holz so bezeichnend ist. Diese Verkohlung des Holzes war das Ergebnis eines langsamen Vorganges der Fossilierung und nicht, wie man wohl zunächst denken mag, Ergebnis der Einäscherung. Besonders wichtig ist das Studium der oberen Stockwerke für Herculaneum, wo das höhere Niveau des Bodens diese Stockwerke erhielt, die in Pompeji nur in zerstörter Form zu sehen sind. Das Bild, das die neuesten Grabungen von Herculaneum bieten, veranschaulicht nicht nur in dieser Hinsicht das von Pompeji, sondern stellt ein Stadtbild dar, das in verschiedener Beziehung ganz anders ist. Wenn ein genügend großer Teil des dicht bewohnten Stadtviertels ans Licht gehoben ist, wird es möglich sein, die Vorortgebiete zu untersuchen, indem man die Wegrichtungen verfolgt, die von den Toren der Stadt ausgehen. Die Forscher werden dann imstande sein, andere Willen der Patrizier aufzuspüren und die Ausgrabung der berühmten Villa der Pappiri zu vollenden, die außer den unschätzbaren Kunstwerken, die sie uns bereits gegeben hat, noch andere Überraschungen erhoffen läßt. Die Wohnviertel der Offiziere waren ja nur zum Teil durch die unterirdischen Gänge erforscht, die von den früheren Archäologen angelegt wurden.“

Alexander von Sacher-Masoch:

Mein Lehrer Blümlein

Als er zum ersten Male die Klasse betrat, glaubten wir, den jetzigen neuen Schuldieners. So unbedeutend sah Blümlein aus. Er trug einen hochgeschlossenen, schwarzen Rock, der allzu straff seine schmalen Schultern umspannte und dessen Kermel nicht ganz bis zu den dünnen Knöcheln reichte. Wie ein vom Leben vergessener, gealterter Konfirmandenjüngling sah Blümlein aus in diesem Rock. Seine unbestimmbar grauen Hornornikabeln waren, sagen wir es gleich, hinten ausgefranst und immer trug er Stiefel mit schief getretenen Absätzen. Haare? Ein graugesprenkelter Schopf sah wie ein Pinsel auf seiner hochgewölbten Stirn. Alles an Blümlein war außergewöhnlich. Seine Gliedmaßen, sein Hals, seine Hände, Ohren, Lippen, Brauen waren zu kurz oder zu lang, zu groß oder zu klein geraten. Auch seine Augen. Lange Jahre sind darüber vergangen und ich habe seither in viele Menschenaugen geblickt. Doch nie waren es Blümleins Augen. Denn Blümleins Augen waren voll von einer Wärme, die nicht von dieser Welt ist. Aber damals wußten wir davon noch nichts. Wir sahen nur Blümleins aufgeregt statternde Rockschöße zur Tür hereinragen, beim Erleutern des Podiums wäre er fast lang hingefallen. Dann stand er hinter dem Lehrpult und verneigte sich artig wie ein Hampelmann.

„Keine lieben Freunde...“ Wir glaubten nicht recht zu hören. So etwas waren wir nicht gewöhnt und hatten auch wenig Sinn dafür. Die Knaben stießen einander an, leises Gekicher entstand und scholl dann zu brausendem Hohngelächter an. Blümlein stand stumm hinter dem Pult. Er blickte mit seinen kurzlichtigen Augen träumerisch mitten in das Gelächter hinein und wartete geduldig das Ende dieser Ovation ab. „Ich habe den Gedächtnisunterricht übernommen“, sagte er dann. „Wir wollen gemeinsam arbeiten, ich will nicht euer Lehrer, sondern euer Freund sein.“ Er sprach noch eine Weile davon, wie er sich den Unterricht vorstellte. Was er sagte, kam uns neuartig vor, aber wir hörten nur heraus, was uns gerade paßte. Kein Büffeln mehr, Vorträge an Stelle von Lektionen, freier Meinungsaustausch und so weiter. Wir sahen blöde da und starrten Blümlein an wie ein fremdartiges Tier. Gegen Ende der Stunde schloß Müller II mit Apfelfernen nach Blümlein, aber der neue Lehrer reagierte nicht auf diesen Angriff. So ließ es denn Müller sein.

Viele Stunden gab Blümlein in dem einen Jahr, das er bei uns verbrachte, aber wir lernten nichts bei ihm. Und das war verständlich. Denn Blümleins Methode erforderte freie Menschen. Er wurde die Hellsicht unseres Spottes. Er war als Hilfslehrer angestellt und auch die anderen Professoren sahen mit einiger Verachtung auf ihn herab. Blümlein war höflich zu jedermann, und es kam oft vor, daß er uns junge Bengels auf der Straße zuerst grüßte. Wir machten natürlich dann absichtlich so, als sähen wir ihn nicht. Nie geschah es aber, daß Blümlein einem von uns ein böses Wort gegeben hätte.

Blümleins Wangen stießen im Laufe dieses Jahres ein und seine Backenknochen traten spitz hervor. Rote Fiedel blühten auf Blümleins gelber Haut und er hustete immer öfter in sein blau kariertes, großes Taschentuch. Wir sprachen in seinen Stunden ganz laut vom Wetter, von unseren Spielen, legten faule Äpfel in den Kreidebehälter, bestreuten Blümleins Gesicht mit Blaumenmus, und einmal, als Blümlein, geht wie stets, das Klassenzimmer betrat, brannte eine Galerie bunter Kergenslummen auf dem Lehrpult... Im Städtchen erreichte Blümlein einiges Aufsehen. Man erzählte sich, er sei aus einem Seminar entsprungen und Pfarrer gewesen, aber er habe sich ganz der Wissenschaft verschrieben und sei ein glücklicher Diener Gottes. Die Eltern oder Schüler trieben ihren Spott mit ihm, wenn sie ihn auf der Straße trafen:

„Guten Morgen, Herr Blümlein. Sie haben wohl gestern Kaffee getrunken“, und deuteten dabei auf Blümleins Kackenausschläge, die freilich immer voll waren von den Spuren vergangener Mahlzeiten.

Aber Blümlein lächelte nur immer zerstreut vor sich hin, grüßte tief und ging artig weiter.

Blümlein wohnte bei einer Witwe im Färberviertel. Vermutlich genag er die kleine Kammer im Erdgeschoß, die Frau Amalie Buresch dem Hilfslehrer überließ. Eines Abends schlüpfen wir an Blümleins Fenster, hinter dem Licht brannte. Da saß Blümlein vor einem mit Büchern und Schriften vollgepackten Tisch bei spärlichem Licht, den Kopf tief vornüber gebeugt. Seine Feder ranzte eilig über das Papier und während wir atemlos durch die Scheiben spähten, hatte er in wenigen Minuten zwei große Bogen beschreiben. Wir ahnten das Rauhen von Rohen nach und stießen fort. So war Blümlein. In den Nächten sah er über verstaubten Büchern und Papieren.

Eines Tages stellten wir vor der Stunde einen Strauß Wiesensblumen auf Blümleins Tisch. Huber hatte daheim im Brunnen eine dicke Kröte gefangen, die verborgen wir zwischen den Blüten. Blümlein trat ein. Ungewohntes Schweigen empfing ihn. Er sah die Blumen und lächelte. Er lächelte zum ersten Male, seit wir ihn kannten. Dann hob er die Augen und sah uns an.

In diesem Augenblick sprang die Kröte schwer plumpsend auf den Tisch. Das Lächeln wurde um einen Schatten blässer in Blümleins Gesicht, aber er sagte:

„Ich freue mich trotzdem über die Blumen“ — und begann mit dem Vortrage.

Man wußte im Städtchen wenig über Blümleins Leben. Niemand empfing er Briefe, er besuchte niemanden, und keiner kam zu ihm. Einmal, als man mich in eine fremde Stadt unter fremde Menschen zur Schule geben wollte, sagte ich zu meiner Mutter:

„Ich möchte nicht so allein sein wie Blümlein.“

Nach einem Jahr etwa, als die Geschichtsstunde gerade vorbei war, schwante Blümlein einmal leicht beim Aufstehen und sah uns aus trübem Augen etwas länger als sonst an. Er kam und ging schon gebückt um diese Zeit und der schmale Rock sah nicht mehr straff auf seinen Schultern. Und während eines Nachts hundert Knaben still und kräftig atmend dem Leben entgegenstießen, fiel Blümleins Stirn schwer vornüber auf den Tisch. Die Tinte rieselte in dünnen Fäden auf Amalies Bureschs schlechtesten Teppich herab. Blümlein, mein Lehrer, ruhe in Frieden!

Steinerner Unsinn

In Budapest erzählt man sich noch heute die Geschichte des bronzenen Löwen, der vor Jahrzehnten am Kopfe der Kettenbrücke aufgestellt wurde. Am Tage der Enthüllung der Skulptur war ihr nielgefeierter Schöpfer der Held des Tages, bis ein gewiegter Journalist herausand, daß dem Löwen die Junge fehlte. Die ironische Stadt, die Budapest nun schon einmal ist, ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen und machte sich einen Heidenpöbel daraus, sich über den armen Bildhauer lustig zu machen. Tagelangen waren die Zeitungen voll des Spottes. Der ehrgeizige Bildhauer aber, der die Hege nicht ertragen konnte, stürzte sich eines Nachts von der Kettenbrücke in die Donau.

Ähnlich klingt auch eine Legende, die sich in Hannover im Zusammenhang mit der Entstehung eines Kunstwerkes gebildet hat, und unzählige Geschichten, die man sich in fast allen Großstädten der ganzen Welt erzählt, zeugen dafür, wie oft selbst ganz bekannten Künstlern bei der Schaffung ihrer Kunstwerke Schmier unterlaufen sind, die im Kreuzfeuer der Kritik des Publikums so manche Glorietunde beschattet haben. Glücklicherweise sind jedoch die Folgen der Entdeckung solcher Künstlerfehler harmloser Natur als in dem oben erzählten Falle. Die Entdeckung beschmückt höchstens hier und da einen mehr oder weniger leidenschaftlichen Streit herauf und drückt dem Kunstwerk einen gewissen Kuriositätswert auf.

Wie fast alle Welt- und Großstädte, so kann sich auch Berlin rühmen, so manchen Steinernen oder bronzenen Unsinn zu beherbergen. In erster Linie soll hier auf den Siegeswagen auf dem Brandenburger Tore hingewiesen werden, der schon eifache Male

die Aufmerksamkeit der Kritik auf sich gelenkt hat. Zuletzt noch in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts entbrannte um ihn ein heftiger Streit, und die Angriffe der Kunstfreunde wurden gar nicht so sehr zu Unrecht gegen ihn gerichtet, denn es ist in der Tat sonderbar, daß, während der Genius mit weit ausgebreiteten Flügeln in dem Siegeswagen förmlich zu fliegen scheint, die Pferde davor zu gleicher Zeit in ruhigem Schritt einhertröten. Auf dem Kreuzberg im Viktoriapark ist das Denkmal des Dichters Ernst Moritz Arndt aufgestellt. Der kritische Betrachter muß sich hier vor verwundert fragen: Wie ist das Papier in der Linken des Dichters zerknüllt, während doch das Gesicht dichterische Erleuchtung ausstrahlt und die Rechte den Federkiel zum Schreiben hält? Oder hält Arndt die Papierrolle etwa so unnatürlich, nur um das darauf geschriebene Gedicht dem Betrachter zu zeigen? Es scheinen hier, wenn auch kein steinerer Unsinn, immerhin schwerwiegende Fehler ungewollt begangen worden zu sein. Einen um so gewaltigeren Bod hat der Schöpfer des im Tiergarten aufgestellten Fontane-Denkmal geschossen. Der Künstler modellerte den Rock so, daß er ihm die Knöpfe verkehrt, wie bei einem Frauenrock auf der rechten Seite, die Knöpfchen auf der linken anbrachte. Noch kurioser mutet das Kaiser-Friedrich-Reiterdenkmal vor dem Kaiser-Friedrich-Museum an. Das Pferd, das der Kaiser hier reitet, hat den sogenannten Pöhhang, wie ein Kamel. Der Bildhauer Raiffon dürfte kein allzu großer Kenner von Pferden gewesen sein, denn sonst hätte er gewußt, daß ein Pferd nicht zwei linke und dann zwei rechte, sondern die Beine links vorn, rechts hinten, rechts vorn, links hinten setzt.

Uebrigens weiß die Legende auch in Berlin von einem Künstlergeschick ähnlich dem eingangs erzählten, zu berichten. Es handelt sich dabei um den Schöpfer des Reiterstandbildes des Großen Kurfürsten auf der Kurfürstenbrücke nahe dem Schlosspark, der sich, als man ihn nachträglich darauf aufmerksam machte, daß dem Pferde am rechten Vorderfuß das Hufeisen fehlt, in geänktem Künstlerstolz in die Spree gestürzt haben sollte.

Zu Ehren der Schöpfer der genannten Bildwerke sei jedoch gesagt, daß die Fehler, die die Künstler bei der Schaffung ihrer oben erwähnten Kunstwerke unbewußt begangen haben, dem hohen Wert ihrer Leistungen keinen allzu großen Abbruch getan haben. Die hier angeführten Plastiken zählen trotz dieser kleinen Mängel nach wie vor zu den schönsten Denkmälern Berlins. —osi.

Willy Mühsen:

Waffenstillstand an der Zuider-See

Die Trockenlegung der Zuider See, ein großes Kulturwerk, dessen Fortgang die ganze Welt seit mehr als einem Jahrzehnt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt, scheint ein Opfer der Weltwirtschaftskrise zu werden. In dem gewaltigen Kampf, den das holländische Volk mit der Nordsee führt, ist ein Waffenstillstand eingetreten. Die Arbeiten werden eingestellt, das vom Meer im Mittelmeer eroberte Gebiet der Zuider See kann bis auf weiteres nicht zurückgenommen werden.

Im Jahre 1918 beschloß das Parlament der Niederlande, die Zuider See trocken zu legen. Um welche ungeheuerliche Aufgabe es sich handelte, zeigt die Tatsache, daß 224000 Hektar neuen Landes dem Meere abgerungen werden sollten. Mit größerer Energie gingen die verantwortlichen Männer an die Arbeit. In den Jahren 1920/25 wurde nach den Plänen des Ingenieurs Selig die Insel Wieringen durch einen 2,5 Kilometer langen Damm mit dem Festland verbunden. Bis 1934 sollte ein Damm von 80 Kilometer Länge, 90 Meter Breite und 7,25 Meter Höhe nach Zurich in Friesland über Wieringen und an der friesischen Küste geplant. Innerhalb des so abgeschlossenen Gebietes sollten vier große sogenannte Polders, d. h. zusammenhängende Flächen trockengelegten Landes, gewonnen werden. Die Kosten wurden auf insgesamt 613 Millionen Gulden geschätzt.

Bei der Durchführung dieses groß angelegten Werkes war nicht nur der Gedanke maßgebend, dem holländischen Staat eine neue Provinz zu gewinnen, sondern es kam auch darauf an, nach dem Abschluß dieser Riesenarbeiten einen wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Und hier tritt nun die schwache Stelle des ganzen Projektes in die Erscheinung. Der Gewinnungspreis des neuen Trockenlandes wird zu hoch — es wird sich kein Käufer finden, der den Pachtungspreis zu zahlen bereit ist. Wenn dieses dem Meer abgerungene Land besiedelt werden soll, dann müssen die Kosten von der öffentlichen Verwaltung getragen werden.

Der erste Polder ist in dem Dreieck zwischen Wieringen, Bintel und Nedembild fertiggestellt worden. Die Kosten für dieses 18000 Hektar große Neuland waren ursprünglich auf 16 Millionen Gulden veranschlagt worden. Die endgültige Abschreibung aber zeigte, daß ein Kostenaufwand von 86 Millionen zur Fertigstellung des ersten Teils der Arbeiten notwendig gewesen ist. Die ursprüngliche Rechnung sah so aus, daß der Staat hoffen konnte, bei einem Anlagekapital von 16 Millionen Gulden durch den Verkauf des neu gewonnenen Gebietes 40 Millionen Gulden hereinzubekommen, so daß ein Gewinn von mehr als 20 Millionen Gulden zu erwarten war. Dieses erste Neuland in der Zuider See ist also schwer erkauft worden, und man fürchtet nicht mit Unrecht, daß die weitere Durchführung des riesigen Werkes die Verluste ins Unermessliche steigern könnte. Von dem Damm zwischen Wieringen und Zurich sind bisher 18 Kilometer zugeschüttet, bevor dem Meerwasser der freie Zutritt vermehrt ist. Jetzt werden in Holland Stimmen laut, die fordern, daß die weiteren Dammarbeiten eingestellt werden und daß man an Stelle des Damms eine Brücke bause, über die der ursprünglich vorgesehene Automobil- und Eisenbahnverkehr laufen könnte. Dadurch würde auch der Einbau der vorgesehenen 25 Entwässerungsschleusen vermieden werden. Die Wirksamkeit dieser Schleusen war so gedacht, daß sie bei Flut geschlossen werden sollten. Nach dem ursprünglichen Plan verbleibt nämlich auch innerhalb des Damms eine Wasserfläche von erheblichem Umfang, in die ein Mündungsarm des Rheines, die IJssel, seine Wasser sendet. Da bei Ebbe das Meer tiefer liegt als der Rest der Zuider See, so würde sich dann durch die geöffneten Schleusen ein Wasserstrom neermwärts ergießen. Dadurch aber müßte der sprichwörtliche Reichtum an Fischen, den die Zuider See besitzt, vernichtet werden, denn allmählich müßte durch den Zustrom von der IJssel das ehemalige Salzwasser — in ein Süßwasserbecken umgewandelt werden. Hinzu kommt, daß die Abwässer von Amsterdam sicherlich auch nicht dazu beitragen werden, das Leben in dem neuen Binnensee zu fördern.

Aus uralter Gewöhnung an ihren von Generation zu Generation vererbten Beruf weigern sich ferner die Fischer der Zuidersee, Landwirte zu werden, obgleich die Regierung bestrebt ist, ihnen diesen Übergang durch Zuwendung von Geldmitteln zu erleichtern. Diese psychologischen Momente im Zusammenhang mit der bisher festgestellten Unwirtschaftlichkeit der Arbeiten haben die holländische Regierung in der Zeit der Weltwirtschaftskrise veranlaßt, den Versuch zu fassen, die Inangriffnahme der Trockenlegung weiterer Gebiete innerhalb der Zuider See einzustellen und nur solche Arbeiten zu vollenden, durch die bisher investierte Werte erhalten bleiben. So ist das gigantische Werk einstweilen in weite Ferne gerückt. Erst dann, wenn die Wirtschaftslage sich geklärt und vielleicht auch die Technik ihre Hilfsmittel noch erheblich verbessert haben wird, kann der uralte Kampf gegen die Dämonen des Meeres erneut beginnen.

IGB. gegen Wirtschaftskrise.

Eine große Aktion im internationalen Maßstab.

Die gestrige Tagung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes war ausschließlich den Wirtschaftsfragen gewidmet. Eingehend wurden Mittel und Wege zur Bekämpfung der Krise beraten.

Im Mittelpunkt der Debatte standen die Möglichkeiten einer internationalen Aktion zugunsten der 40-Stunden-Woche, ferner das vom Internationalen Arbeitsamt vorgeschlagene Programm großer internationaler öffentlicher Arbeiten, sowie die Tätigkeit des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees. Es wurde u. a. beschlossen, sich an die dem IGB. angeschlossenen Landeszentralen mit der Anfrage zu wenden, was bisher von ihnen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise bzw. der Durchführung der 40-Stunden-Woche unternommen wurde. Gleichzeitig sollen die Landeszentralen zur energischen Einwirkung auf ihre betreffenden Vertreter aufgefordert werden, damit die Frage der internationalen Durchführung einer 40-Stunden-Woche in Genf zur Behandlung kommt, wenn auch ein außerordentliches Verfahren zu diesem Zweck

notwendig ist. Die Sozialistische Arbeiterinternationale soll ersucht werden, in ähnlicher Weise an ihre angeschlossenen Landesorganisationen heranzutreten.

Zu dem Vorschlag der internationalen öffentlichen Arbeiten wurde angeregt, zwecks gründlicher Besprechung der Einzelfragen und der Möglichkeit der Finanzierung sowie einer eventuellen Erweiterung des vorliegenden Programms zu einer der nächsten Vorstandssitzungen Sachverständige aus den verschiedenen Ländern heranzuziehen. Die Diskussion über diese Fragen ist noch nicht abgeschlossen. Weiterhin wurde Bericht erstattet über die vorbereitenden Arbeiten des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees sowie über die Vorbereitungen zwischen den Arbeitervertretern der beiden Länder.

Angeichts der immer drohender werdenden Lage in der Randbücherei beschloß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Völkerverbund seine Zustimmung zum Ausdruck zu bringen zu dem im Interesse der Erhaltung des Friedens unternommenen Schritte.

Vorsorglicher Lohndruck.

Seht es noch tiefer?

Essen, 12. November.

Der Zechenverband des Ruhrbezirks teilt mit: In der heutigen außerordentlichen Hauptversammlung des Zechenverbandes wurde beschlossen, auf allen Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks die Einzelarbeitsverträge zum 30. November vorsorglich zu kündigen. Die Kündigung hat den Zweck, für den Fall des nicht rechtzeitigen Zustandekommens eines neuen Tarifvertrages den Werken die Möglichkeit zu geben, ab 1. Dezember neue Löhne festzusetzen; denn nach der Rechtsprechung würden, falls die Einzelarbeitsverträge nicht gekündigt sind, die alten Löhne auch bei Nichtzustandekommen einer neuen Lohnordnung in Kraft bleiben.

Die Zechenbesitzer scheinen sich sehr sicher zu fühlen, einen weiteren Lohnabbau vom Reichsarbeitsminister zu erhalten. Nur der Kumpels sind sie offenbar nicht mehr sicher. Die Begründung für die Generalkündigung ist oberflächlich. Die Schlichtungsmaschine hat noch immer funktioniert, sei es auch mit Hilfe einer Notverordnung. Nach dieser Richtung besteht also keinerlei Gefahr.

Werden aber die Bergarbeiter einen weiteren Lohnabbau — auch auf dem Wege des Zwangsschiedspruchs — ertragen? Das ist unwahrscheinlich. Der Reichsarbeitsminister hat mit seiner Politik des hemmungslosen, wirtschaftlich in keiner Weise zu rechtfertigenden Lohnabbaus eine Stimmung geschaffen, die über kurz oder lang zu Entlassungen führen muß. Und es sind keineswegs nur kommunistische oder sozialdemokratische Arbeiter, auch die christlichen Gewerkschaften haben das Bewußtsein, daß mit ihnen Schindluder getrieben wird und daß alles ein Ende haben muß.

Radikalisierung der Jugendlichen.

Abbau! Abbau! Abbau!

Wie wir schon in der Sonntagsausgabe berichteten, hat der Reichsarbeitsminister durch seine Verordnung über die Krisenfürsorge vom 23. Oktober mit einem Federstrich die Bedingungen der Krisenfürsorge so verschärft, daß nach den jetzt vorliegenden ersten Ergebnissen aus der Praxis glatt mit einem 33 prozentigen Abbau der Krisenfürsorge und einem gleichzeitigen Abbau der Arbeitslosenversicherung für verheiratete Frauen und Jugendliche unter 21 Jahren gerechnet werden muß.

Wie wir schon berichteten, ist in der Bedürftigkeitsprüfung der Freitag von 10 M. für den antragstellenden Arbeitslosen bei Errechnung der Freigrenze des Einkommens eines Verpflichteten gerichtet worden. Viele arbeiten seit Jahren nur noch verflücht. Wochenlöhne für einen Familienvater mit einem Kind in Höhe von einigen 30 Mark sind also leider keine Seltenheit. Unzählig sind nun

die Fälle, bei denen der über 30 Mark hinausgehende Betrag auf die Unterstützung des Jugendlichen angerechnet werden muß. Hat nun gar noch die Mutter irgendeine Beschäftigung, so vermindert sich auch der Freibetrag um den Wert ihrer Arbeit.

Am schlimmsten ist es aber, daß der anrechnungsfreie Betrag für den Verdienst eines Verwandten nach der neuen Verordnung nicht feststehend 20 M. für sich und 10 M. für jeden zu unterhaltenden Angehörigen ist, sondern daß dieser Freibetrag ein Höchstmaß ist. Nach den ersten Nachrichten aus der Provinz wird mit diesen Bestimmungen der größte Unfug getrieben. Der Besitz von ein paar Hühnern oder einer Kuh oder gar einem kleinen Stückchen Acker bedingt dort manchmal schon die Herabsetzung der Freigrenze.

Unmöglich ist z. B. auch, daß man auf Grund der neuen Bedingungen der Krisenfürsorge auch Unterstützungsbeträge Jugendlichen oder verheirateter Frauen unter 50 J. nicht mehr auszahlen will. Der Anspruch auf Arbeitslosenversicherung ist ein gesetzlicher Rechtsanspruch. Läßt die Bedürftigkeitsprüfung auch nur noch einen Pfennig Unterstützung zu, so kann keine Verordnung die Auszahlung dieses Pfennigs verhindern. Mit der Auszahlung der Restbeträge steht und fällt die Krankenversicherung des Arbeitslosen und die Aufrechterhaltung der sonstigen Sozialversicherungsansprüche.

Heute Entscheidung in Westsachsen.

Die unübersteigbare Grenze.

Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch für die Textilindustrie Westsachsens, die am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind gescheitert. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister. Sie soll, wie verlautet, bereits heute fallen.

Wie halten es — trotz allem, was man von Stegerwald seit 1 1/2 Jahren erlebt hat — für unwahrscheinlich, daß er auch diesen Hungerstreik für verbindlich erklärt. Denn dann könnte er ebenjagut erklären, die Arbeiter müssen umsonst arbeiten.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß.

Beamte, Arbeiter und Angestellte der Kommunen.

Eine stark besetzte Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Berlin der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunisten nahm am Dienstagabend Stellung zur organisatorischen Zusammenfassung der RDK, des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner und des Reichsbundes der Beamten und Angestellten zu einer „Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und -angestellten“ im Gesamtverband.

Genosse Lamprecht vom Vorstand der RDK erstattete einen eingehenden Bericht über die mit dem Vorstand des Gesamtverbandes geführten Verschmelzungsverhandlungen. Im Rahmen des Gesamtverbandes ist der neuen Reichsgewerkschaft die Möglichkeit gegeben, mit größerem Nachdruck die Interessenvertretung der in den Kommunen beschäftigten Beamten und Angestellten auszuüben. Genosse Lamprecht ging in seinem Referat auch auf die Konzentrationsbewegung der internationalen Kapitalmächte und auf die Weltwirtschaftskrise ein, die eine stärkere organisatorische Zusammenfassung bisher zersplitterter freigewerkschaftlicher Kräfte erfordert.

In der Aussprache wandten sich lediglich die Kommunisten gegen die Verschmelzung (1) der RDK mit dem Gesamtverband. Die Versammlung blieb diesen sonderbaren „Einheitsfrontvertretern“ die Antwort nicht schuldig. Ausgerechnet den Kommunisten blieb es vorbehalten, den Zusammenschluß mit den Arbeitern und Angestellten des Gesamtverbandes als eine „Gefahr für die Beamtenschaft“ hinzustellen!

Die Delegiertenversammlung sprach sich mit 135 gegen 15 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen für die Verschmelzung mit dem Gesamtverband aus.

Der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Genosse Schaum, begrüßte das Abstimmungsergebnis und gab der Hoffnung auf ein erfolgreiches Zusammenarbeiten aller kommunalen Arbeitnehmer im Gesamtverband Ausdruck.

Anschließend wählte die Generalversammlung die Delegierten zum außerordentlichen Verbandstag in Bremen.

„Die Rowdys von Karstadt.“

Eine erfundene „Bluttat“.

Die „Rote Fahne“ berichtete kürzlich (in Nr. 199) über einen angeblichen Überfall auf einige ihrer RGO-Funktionäre durch die „reformistischen“ Arbeiterräte. Diese Behauptungen sind vom ersten bis zum letzten Wort erflogen.

Die SPD-Fraktion hat bereits am Tage darauf ein Flugblatt verbreitet, in dem wahrheitsgemäß der Sachverhalt dargestellt war. Daraus geht hervor, daß zwei RGO-Funktionäre mit einem Betriebsfremden in ein Lokal in der Hasenheide kamen, in welchem einige Funktionäre mit dem Verbandsvertreter eine Besprechung hatten. Das Trio begann sofort mit den wüsten Beschimpfungen und suchte fortgesetzt unsere Genossen anzupöbeln. Die wiederholte Aufforderung, dieses Treiben im Lokal zu unterlassen, beantworteten die Heiden damit, daß sie handgreiflich wurden. Sie wurden daraufhin lediglich an die frische Luft gesetzt, an-

Ein neuer
Rekord
verblüffend billiger
Sonder-Angebote
vom 13. - 23. Nov.



Dauerhafter Knabenstiefel aus gutem Rindbox
Gr. 36-40 ... 6.40
Gr. 34-35 ... 5.90
Gr. 31-33 ... 5.40
Gr. 29-30 ... 4.90
Größe 27-28 **4.40**



Eleganter Trottourschuh in braun echt Chevreau ...
6.90



Schwarz Boxkalf Herrenschuh, eleg. halbschlanke Form
6.75

Tack
DAS GROSSE HAUS
DER KLEINEN PREISE

- Spangenschuhe in braun und Lack ... 4.75
- Praktischer karamelfarbiger Schnürschuh ... 5.90
- Fesche Lack-Spangenschuhe mit LXV Absatz ... 6.90
- Tack-Spangenschuh für Mädchen Größe 27-28 ... 3.80
- Bequemer Herrenschuh in schwarz Rindbox ... 5.75
- Solider Herrenstiefel, bequeme Form ... 6.75
- Original Good. Welt Braun Mastbox Herrenschuh ... 8.25

Bitte beachten Sie unsere Schaufenster
140 eigene Verkaufsstellen, davon
23 in Groß-Berlin und Potsdam

KONSUM-
Genossenschaft Berlin u. Umgegend e.G.m.b.H.



Was sind wir?
Kein Unternehmen zur privatkapitalistischen Profitzielsetzung, sondern eine Vereinigung der Verbraucher zur gemeinschaftlichen Wahrung ihrer Interessen.
200 000 Familien
aus allen Kreisen der Bevölkerung Groß-Berlins sind die gemeinsamen Besitzer der Genossenschaft, deren Erträge nur ihnen zugute kommen. Darum, Verbraucher, werdet Mitglieder der
Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend

In der konsumgenossenschaftlichen
Reichs-Werbewoche
und in der anschließenden Zeit bis zum 30. November werden in den 382 konsumgenossenschaftlichen Abgabestellen Aufnahmen in die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend
ohne Aufnahmegebühr
vollzogen.

